

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundhnt“, „Sozialistischer Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreise:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blücherstr. 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 6 und Friedr. Wilhelm-Str. 106, Wallplatzstr. 155, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. Bezugspreise im voraus zu einzelnen Nummern 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. + 36 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einfl. Aufstellungsgebühren 2,46 Rmt.

## Organ für die wertvolle Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Zersprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 217 37, Redaktion 217 58  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

**Anzeigenpreise:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 12 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 100 W. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereine, Versammlungen und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro 20 W. 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstr. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unbesorgt eingeleitete Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

# Neue Niederlage der Regierung Brüning

## Nun auch die Biersteuer abgelehnt - Sozialdemokratie beantragt erneut Notopfer

Berlin, 9. April. (Eigener Bericht.)

Im Steuerauschuß des Reichstags wurde am Mittwoch nach kurzer Aussprache die Biersteuererhöhung abgelehnt. Für die Erhöhung stimmten das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten. Neben den Sozialdemokraten, den Deutschnationalen und den Kommunisten stimmten auch die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Volkskonservativen gegen die Regierungsvorlage.

Die Vorlage über die Erhebung der Aufbringungsumlage steht vor, daß anstelle der bisherigen Industriebelastung von 300 Millionen 350 Millionen zugunsten des Reiches erhoben werden. 280 Millionen sollen von den Industriebetrieben getragen und 70 Millionen sollen aus dem vorhandenen Reservefonds entnommen werden. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt die Festsetzung auf 370 Millionen. Der Antrag bedeutet, daß die bisher als Reparationsabgabe gezahlten 300 Millionen Mark, die nach dem Youngplan wegfallen, im Jahre 1930 in voller Höhe (statt in Höhe von 280 Millionen, wie die Regierung vorschlägt) zum Ausgleich des Etats weiter erhoben werden sollen. Die schon jetzt für 1931 vorgeschlagene weitere Senkung der Aufbringungsumlage auf 280 Millionen Mark soll nicht mehr werden. Ferner beantragten die Sozialdemokraten eine Entlastung, wonach die Aufbringungsumlage in einen Zuschlag zur Vermögenssteuer vom aufbringungsunfähigen Betriebsvermögen umgewandelt und von ihrem Ertrag 50 Millionen Mark für die Kleinstrentnerfürsorge sichergestellt werden sollen.

Abg. Reil, der diese Anträge begründete, wies darauf hin, daß der Regierungsvorschlag, der in Wirklichkeit die Industrie um 20 Millionen Mark entlastet, kein Opfer des Reiches darstelle. Die Senkung dieser Steuer im Augenblick der größten Finanznot sei nicht zu vertreten. Die Industriebelastung sei ihrem Ursprung und ihrem Wesen nach eine Steuer auf die Inflationsgewinne, die durch Abtragung der Industrieobligationen mit Papiergeld erzielt wurden. Man könne nicht diese Inflationsgewinnsteuer auf-

heben, wenn die Hauszinssteuer, die auf den gleichen Entstehungsgrund zurückzuführen sei, weiter bestehe. Die verarmten Gläubiger würden es als einen neuen Schlag ins Gesicht empfinden, wenn die Inflationsgewinnsteuer entlastet, ihnen selbst aber nicht geholfen würde.

Reichsfinanzminister Woldenbauer lehnte die Anträge ab. Dr. Adenauer (Natl.) erkannte den Grundgedanken als richtig an, aus der Industriebelastung einen Teil des Ertrages für die Kleinstrentner zur Verfügung zu stellen, stimmte aber trotzdem mit seinen Freunden gegen die sozialdemokratischen Anträge, die von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt wurden.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner zur Dedung des im Reichshaushalt vorhandenen Fehlbetrages

### ein Notopfer für die hohen Einkommen

Bei allen Einkommen über 8000 Mark jährlich soll im Jahre 1930 ein Zuschlag von 10 Prozent zur Einkommensteuer erhoben werden. Bei der Begründung dieses Antrages wies Abg. Dr. Herß (Soz.) darauf hin, daß ein solches Notopfer der Gutstücker auch stets von den sozialdemokratischen Ministern gefordert worden sei, aber im Reichskabinett abgelehnt wurde. Angesichts des Nachs, das durch die bisherigen Beschlüsse des Steuerauschußes in den Dedungsvorschlag der Reichsregierung getroffen sei, werde dieser Vorschlag wieder aktuell. Einmalumwille, daß die Einkommensteuern der Sozialdemokraten der Regierung noch durch die Preis-erhöhenden Wirkungen der geplanten Zollmagnahmen vergrößert werde. Das beantragte Notopfer werde einen Ertrag von rund 100 Millionen bringen, selbst wenn in Einzelfällen Milderung oder Erlass der Steuer einträte.

Vor der Abstimmung erklärte Abg. Dr. Sorlagher (B. Vp.) persönlich wäre er geneigt, dem sozialdemokratischen Antrag zuzustimmen. Da seine Fraktion aber noch die Stellung genommen habe, werde er sich der Abstimmung enthalten. Darauf wird der sozialdemokratische Antrag mit 14 gegen 13 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Mit den Sozialdemokraten und Kommunisten stimmt auch der Abg. Kling (Bauernpartei) für den Antrag.

# Das Theater der Regierung Brüning

Ein kurzer Tatsachenbericht über die Vorgänge der letzten Tage

A. Kr. Was soll man eigentlich zu dem ganzen Theater, das der Bürgerblock jetzt aufführt, sagen? Schwere Blöckchen als durch die Vorgänge der letzten vierzehn Tage konnten sich die bürgerlichen Parteien überhaupt nicht. Sie stützten die Reichsregierung in dem Augenblick, in dem für das Finanzprogramm der alten Regierung, sofern sie nur selbst bei dem Regierungsprogramm bleiben, eine Mehrheit gegeben ist, weil sie eben nicht bei ihm bleiben. Sie müssen dazu ihre eigene Überzeugung über die Notwendigkeit der sofortigen Sanierung der Finanzen preisgeben und diese wieder der Zukunft überlassen, nur um sich den Weg zum Abbau der Arbeitslosenversicherung offen zu halten. Dann machen sie ein neues Finanzprogramm, ein Finanzprogramm, das, wie Genosse Herß gestern in einer glänzenden Rede zeigte, gewissenlos leichtfertig und sozial reaktionär, arbeitserfeindlich ist und die Reichsfinanzen in seiner Weise saniert. Aber selbst für dies Programm findet sich keine Mehrheit, es wird Stück für Stück abgelehnt. Was tut die Reichsregierung? Wendet sie nun den Artikel 48 an? Nein, sie fällt sofort wieder um, es wird ein neues Programm gemacht; aber die Linde, mit der es geschrieben ist, ist noch nicht trocken, so wird es bereits am gleichen Abend von einer wichtigen Regierungspartei, der Bayerischen Volkspartei, abgelehnt. Gleichzeitig macht man ein Agrarprogramm, das erstens erneut die Massen unerhört belastet, zweitens die Reichsfinanzen erneut aufs schwerste bedroht, drittens die ganze Wirtschaft aufs äußerste gefährdet, die Art an die Wurzel ameter Augenhandels legt. Das weiß man alles, aber man tut es doch, um sich mit ihm eine Mehrheit für diese Spottgeburt von Regierung zu kaufen. Inbessenen, auch hier wieder keine Zustimmung bei der eigenen Mehrheit; den Agrariern geht es nicht weit genug, ihre Eier wird dadurch nicht gestillt, die Industrie aber, die Kerntruppe der neuen Regierung, der Veranlasser des Regierungswechsels, wendet sich mit äußerster Heftigkeit gegen den Agrarplan. Nirgendwo ein Halt, ein Plan, ein Ziel. Ein sinnloses Durcheinander, ein Gezänk der Kräfte um die Großen. Nur in einem sind sie einig: in der Feindschaft gegen die arbeitenden Massen!

## Die Hochverratsprozeßleuchte

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Dienstag den 27. Jahre alten Schriftleiter Johannes König aus Dresden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahr 8 Monaten Festungshaft. Die Vorbereitung zum Hochverrat wurde in Artikeln erbildet, die in der Zeit vom September 1929 bis Januar 1930 in der kommunistischen Tageszeitung „Der Kämpfer“ unter der Verantwortung Königs erschienen sind.

König ist der 34. kommunistische Redakteur, der in diesem Jahre wegen Hochverrat vom Reichsgerichtsrat verurteilt wurde.

## Tuka erneut verurteilt

Prag, 10. April. (Eigener Juntribeicht.)

In dem Berufungsprozeß des Slowaken Tuka, der vor Monaten wegen eines Verbrechens der missitärlichen Spionage und des verübten Anschlages gegen die Republik zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wurde am Mittwoch das erste instanzliche Urteil vollstrecklich bestätigt. Ein Mitangeklagter erhielt wegen der gleichen Verbrechen fünf Jahre Zuchthaus.

# Neues Finanzkompromiß der Regierungsparteien

## Ohne die Deutschnationalen - Die Bayerische Volkspartei lehnt es ab

Berlin, 9. April. (Eigener Bericht.)

Die in der Regierung vertretenen Parteien haben sich am Mittwoch abend unter dem Druck des Reichspräsidenten nochmals zusammengesetzt, um die Meinungsverhältnisse über die Steuervorlage des Kabinetts aus der Welt zu schaffen. Den Besprechungen voraus ging eine Unterredung des Reichspräsidenten mit dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei Dr. Schäffer.

In späteren Abhandlungen kamen die in der Regierung vertretenen Gruppen und Gruppen, vorbehaltlich der Zustimmung der Bayerischen Volkspartei, überein, die Biersteuer nur um 50 Prozent zu erhöhen, und zwar unter Freilassung der kleinen Brauereien bis zu 10 000 Hektolern. Der Ertrag wird mit 148 Millionen berechnet, wovon 89,2 Millionen auf das Reich und 54,8 Millionen auf die Länder entfallen sollen. Die allgemeine Umsatzsteuer soll nach den mehrteiligen Vereinbarungen von 0,75 auf 0,85 Prozent erhöht werden. Hier wird mit einem Ertrag von 110 Millionen gerechnet, der mit 77 Millionen an das Reich und mit 33 Millionen an die Länder verteilt wird. Schließlich soll eine Sondersteuer auf die großen Umsätze der letzten Hand, also eine Warenhaussteuer, erhoben werden, und zwar in Höhe von 0,5 Prozent, was einen Ertrag von 27 Millionen ergeben soll. Davon will man 19 Millionen auf das Reich und 8 Millionen auf die Länder entfallen lassen. Die Steuer beginnt bei Umsätzen von einer Million Mark. Die übrigen Dedungsvorlagen werden aufrechterhalten, und zwar die Tabaksteuer-Novelle in der Fassung, die sie vor der Ablehnung im Ausschuß erhalten hat, also Zahlung von 1/2 Prozent Verwaltungsbeiträge für die Zigarettensteuerverwaltung. Insgesamt wird mit einem Ertrag von 532 Millionen gerechnet, wovon das Reich 356,2 und die Länder 175,8 Millionen erhalten. Auf die Länder entfallen danach 5,8 Millionen mehr als nach dem ursprünglichen Dedungsprogramm.

Die Deutschnationalen, auf deren Unterstützung die Regierung bei der Beratung der Steuervorlage und der Agrarhilfe nach wie vor hofft, waren an den interfraktionellen Verhandlungen nicht beteiligt.

Berlin, 10. April. (Eigener Juntribeicht.)

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei sagte am Mittwoch abend gegen 22 Uhr unter Führung des Abg. Dr. Sorlagher, zu dem am gleichen Abend in den interfraktionellen Verhandlungen vereinbarten Steuerkompromiß folgenden Beschlusses:

Die mehrteiligen Beratungen der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei über das vorgelegte Steuerkompromiß

haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Fraktion einstimmig beschloß, das Kompromiß abzulehnen. Die Fraktion hat gleichzeitig beschloß, entsprechende Anträge einzubringen, die zeigen, daß eine Dedung des Bedarfs des Reiches unter Berücksichtigung der Notlage der Länder und Gemeinden auf anderem Wege möglich ist, der mehr der steuerlichen Gerechtigkeit und der Wirtschaftslage entspricht.

Das nach schwierigen Verhandlungen am Mittwoch zustandgekommene Steuerkompromiß ist damit gescheitert. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die hinter der Regierung stehenden Parteien das Kompromiß trotzdem im Reichstag einbringen und versuchen werden, es ohne die Bayerische Volkspartei mit Hilfe der Deutschnationalen durchzubringen. Wie das möglich gemacht werden soll, ist uns noch etwas schleierhaft. Boretst finden heute vormittag um 11 Uhr nochmals Verhandlungen statt.

# Die Industrie gegen Brünings Agrarprogramm

Der Reichsverband der Deutschen Industrie, der sich schon vor einigen Tagen gegen die Agrarmaßnahmen Schieleles wandte, wendet sich neuerdings in schärfster Form gegen das Agrarprogramm der Regierung Brüning. Während er bisher nur die negative Seite der Schieleles Pläne, die Gefahr einer Zerrüttung des handelspolitischen Systems in Deutschland, kritisierte, bezeichnet er die Zollpläne in seiner neuen Erklärung als eine wirtschaftliche Gefahr. Wir entnehmen den Darlegungen folgendes:

1. Ein elastisches Zollsystem für Getreide ohne Bindung nach unten oder oben macht jede sichere Disposition für den Handel mit diesen Produkten unmöglich und bringt eine außerordentliche Verunsicherung in den in unseren Markt durch die Handelsbeziehungen zu den übrigen Ländern.

Wir halten ein besseres System nach dem schärfsten beschlossenen außerordentlichen Erhöhung der Zölle für unannehmlich. Insbesondere halten wir dieses System für unannehmlich, die erheblichen Preisrückgänge für den Regen zu erwarten.

2. Die Absicht der Regierung die Ermächtigung zu geben, den Preis für den Wert der Einfuhrschleue unabhängig vom Zoll beliebig nach oben zu erhöhen, halten wir für äußerst bedenklich.

Jede Erhöhung führt nicht nur zu einer außerordentlichen Befragung des Haushalts und schafft damit einen neuen Unsicherheitsfaktor bei den Reichsfinanzen, sondern erzeugt auch in der konkurrierenden Agrarländer eine künstliche Verbilligung der Produktionskosten der Veredelungsprodukte und unterstützt damit deren Konkurrenzfähigkeit in Deutschland. Darüber hinaus verbilligt sie in diesen Ländern die Ernährung und verstärkt die industrielle Konkurrenz, dieser Länder mit den deutschen Erzeugnissen auf dem deutschen Markt und dem Weltmarkt. Es muß dabei an der schon festgelegten Grenze von 60 Mark pro Tonne als oberstem Wert des Einfuhrpreises unter allen Umständen festgehalten werden.

3. Die beabsichtigte Erhöhung des Richtpreises für 50 Kilogramm Lebendgewicht für Schweine von 70 Mark auf 75 Mark ist äußerst bedenklich.

Weder die gegenwärtigen Produktionskosten in Deutschland noch die bestehenden Preisverhältnisse gegenüber den konkurrierenden Ländern rechtfertigen zuzureichende solche Maßnahmen. Vor allem aber würde sie im Augenblick auf die Ratifizierung des deutsch-sowjetischen Handelsvertrages, die wir nicht abzuwenden fordern, außerordentlich störend einwirken.

4. Die Absicht der Einführung des 8 1/2 des Zolls bei Gabelgabeln bringt Deutschland gegenüber den Handelsvertragsländern, die als Preisunterstützung in Betracht kommen



In eine außerordentlich schwierige Lage, die handelspolitisch zu den schlimmsten Konsequenzen führen kann.

Auch die anscheinend bestehende Absicht, für einen Teil dieser Länder eine Ausnahme zuzulassen, ist nicht geeignet, unsere Beziehungen zu zerstreuen. Ob eine derartige Sonderbehandlung mit den Grundätzen der Weltbegünstigung vereinbar ist, halten wir für sehr zweifelhaft.

Die Aufhebung des Gefrierfleischkontingents bringt die deutsche Industrie in ihren Handelsbeziehungen mit Argentinien in besondere Schwierigkeiten.

Die beabsichtigte Zollserhöhung für Wein, auch wenn damit im Augenblick eine Kündigung der Handelsverträge mit denjenigen Ländern nicht beabsichtigt ist, gegenüber denen der Weizen Zoll gebunden ist, muß notwendig zu einer Bewegung

führen, die unter allen Umständen zu einer Kündigung der Handelsverträge drängt.

Anschließend betont der Reichsverband, daß er in den von der Regierung angeforderten Maßnahmen keine Hilfe und keine Rettung für die Landwirtschaft sehen könne. Vielmehr werde dadurch in die innere Preisentwicklung für die Ernährung in Deutschland ein derartiger Stützpunkt gebracht, die naturgemäß zu einer allgemeinen Preiserhöhung, zur Erhöhung der Produktionskosten und im Zusammenhang damit zu Lohnforderungen führen müsse.

### Wieder enttäuschte Hoffnungen

Es ist wieder nichts mit der englisch-französischen Einigung  
London, 8. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die letzten Hoffnungen auf einen fünf-Mächte-Pakt, die sich an die englisch-französisch-italienischen Verhandlungen knüpften, wurden am Mittwochabend als hin- und wieder betrübt. Dieses Ergebnis konnte nur noch einen schwachen Zweifel unterlegen, seitdem sich herausgestellt hatte, daß die zwischen Macdonald und Briand vereinbarten Erklärungen zur Interpretation des Artikels 16 des Völkervertrages von den Franzosen nicht als Sicherheitsgarantie angesehen wurden, die eine nennenswerte Herabsetzung der französischen Tonnageforderung wert wäre.

In einer Besprechung zwischen dem englischen und dem französischen Marineminister ergab sich bereits am Mittwochmorgen, daß Frankreich mit seinen endgültigen Tonnagefiguren nur entgegenkommen werde, wenn Italien sich in einer beträchtlichen französischen Überlegenheit abfinden würde. Einige Stunden lang herrschte über die letztere Möglichkeit eine gewisse Unsicherheit, da der italienische Hauptdelegierte Craxi erkrankt ist und sich am Mittwochmorgen in Besprechungen mit Macdonald durch den italienischen Botschafter in London vertreten ließ. Soweit sich am Mittwochabend feststellen ließ, lehnen jedoch die Italiener ein Entgegenkommen in der Paritätsfrage entschieden ab.

Abgesehen von einer gemeinsamen Erklärung der fünf Mächte im Sinne der am Dienstag getroffenen Beschlüsse zur U-Bootfrage bleibt danach wenig mehr als ein Dreier-Pakt zwischen Amerika, England und Japan übrig, dessen letzte italienische Einzelheiten noch in einem Ausschuss diskutiert werden. Es ist jedoch unwahrscheinlich geworden, daß die Konferenz nach der Plötzlichen Abreise von Washington, die Amerikaner haben, weiter gegeben.

### Bangalos verurteilt

Athen, 8. April (Eigener Funkbericht.)

Der frühere Diktator Bangalos, der sich fast drei Wochen lang wegen umstürzlerischer Umtriebe vor einem Sondergericht verantworten hatte, wurde am Dienstag zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Mißangeklagte, früherer Unterstaatssekretär Bogopoulos, erhielt 2 1/2 Jahre Gefängnis. Beide Angeklagten wurden gleichzeitig die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

## Vertrauen für Weiß und Vertrauen für Schwarz

Das ist die Meinung der Deutschnationalen

Der Parteiausschuß der Deutschnationalen Partei, der am Mittwoch in Berlin tagte, nahm nach einem Referat des Parteivorstandes Eugen Berg einstimmig folgende Entschlüsse an:

„Die Parteivertretung billigt die Beschlüsse des Parteivorstandes. Sie spricht ihrem Führer Dr. Eugen Berg und dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren ihr volles Vertrauen aus.“

Die Beschlüsse des deutschnationalen Parteivorstandes, von denen in der vorstehenden Entschlüsse gesprochen wird, sollen nach Informationen von unrichtiger Seite hauptsächlich das Ziel verfolgen, die von der Regierung beabsichtigte Verquickung der Steuervorlage mit der Agrarhilfe unter allen Umständen abzulehnen. Demgegenüber verlaute, daß der agrarische Flügel der Deutschnationalen Reichstagsfraktion entschlossen sei, der Regierung unter Voraussetzung gewisser unwesentlicher Verbesserungen der Agrarhilfe zu folgen. Damit wäre der offene Konflikt zwischen dem deutschnationalen Parteiausschuß und einem Teil der deutschnationalen Reichstagsfraktion gegeben.

### Man hält sich alle Türen offen

Der Berliner Eugen Berg, „Tag“ schreibt: „Natürlich glauben die hinter der Regierung stehenden Parteien, durch die Verkoppelung der Agrar- und Steuervorlagen die Zustimmung der Deutschnationalen zu diesem Programm erreichen zu können. Entsprechend dem Ergebnis der Tagung der Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei hat die Fraktion der Deutschnationalen, die heute mittig um 1 Uhr zusammentritt, freie Hand. Der Reichsanwalt will sich am Donnerstag vormittag mit dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, in Verbindung setzen. Soweit sich die Auffassung bei der Deutschnationalen Volkspartei und ebenso auch bei den anderen rechtsstehenden Abgeordneten übersehen läßt, bestehen gegen das gesamte Programm der Regierung, und zwar sowohl gegen das Steuerprogramm wie auch gegen das Agrarprogramm die allerstärksten Bedenken. Es ist dabei zu beachten, daß die Annahme des Agrarprogramms noch keineswegs gesichert ist. Es besteht die Möglichkeit, daß in den Verhandlungen der Parteien weiter erhebliche Abweichungen der ursprünglichen Forderungen des Reichsernährungsministers eintreten. Es ist ein geradezu unglücklicher Optimismus, wenn im Reichstag von Abgeordneten, die mit dem Reichsanwalt und Reichsfinanzminister über die Steuern verhandelt haben, soweit man hört, in den Beratungen die Erklärung abgegeben wurde, daß man der Zustimmung der Deutschnationalen wohl sicher sein wird. Zu solchen Erklärungen war ganz sicher von der Deutschnationalen Volkspartei niemand beauftragt und zu solchen Erklärungen steigt auch nicht der geringste Anlaß vor.“

### Der Landbund drückt Schiele sein Vertrauen aus

Der Gesamtvorstand des Brandenburgischen Landbundes faßte eine Entschlüsse, in der er sich hinter den Reichsernährungsminister Dr. Schiele stellt und ihm sein uneingeschränktes Vertrauen zum Ausdruck bringt. In der Entschlüsse heißt es hinsichtlich des Osthilfeprogramms: „Insbesondere fordern wir sofortige Maßnahmen, um Zwangsversteigerungen unverschuldet in Not geratener Betriebe abzumenden. Die Umfahrgeldsaktion ist beschleunigt fortzuführen. Die auf der märkischen Landwirtschaft ruhenden Zinsen, Steuern und Vorkosten sind zu senken. Sämtliche Steuern, die im Laufe des Wirtschaftsjahres noch zu entrichten sind, sind zu erlassen.“

Abschließend heißt es in der Verlautbarung des Brandenburgischen Landbundes: „Der Gesamtvorstand des Brandenburgischen Landbundes sieht in dem Eintritt des Ministers Schiele

in das Kabinett die Ausnutzung der allerletzten Möglichkeit, die sich in der Landwirtschaft durch das Eingreifen des Reichspräsidenten dar, um zu retten, was noch zu retten ist. Insbesondere erkennt der Gesamtvorstand an, daß Minister Schiele zu diesem Zwecke jede einseitige Bindung beiseite und deshalb sein Mandat niedergelegt hat.“

Aus den vorstehenden Meldungen ergibt sich, daß die Deutschnationalen positiv überhaupt nichts beschlossen haben. Oberfohren ist für Regierungsbeteiligung mit Unterstützung der Regierung eintrüben, Eugen Berg dagegen. Beiden vertraut man. Also: der Parteiausschuß der Deutschnationalen hat überhaupt keine Meinung. Die Partei ist hoffnungslos gespalten, deshalb kann man überhaupt nichts beschließen, will man nicht offen auseinanderbrechen. Der „Tag“ Eugenbergs gibt selbst zu, daß die Fraktion freie Hand hat. Na also, es ist alles zum neuen Unfall bereit.

## Wie Siemens die Stadt Berlin hereinlegte

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Prüfung der Wirtschaft in der Berliner Stadterhaltung“ begann am Dienstag mit der Zeugenvernehmung über die Gutsankäufe der Stadt Berlin und zwar zunächst über den Ankauf des Rittergutes Biesdorf. Biesdorf war im Besitz der von Siemenschen Vermögensverwaltung, die zunächst das Gut an die Gewerkschaft Hildegard für fünf Millionen veräußerte. Die Gewerkschaft Hildegard hat dann später das Gut Biesdorf an die Stadt Berlin für 8,5 Millionen Mark weiterverkauft.

Als erster Zeuge wird der Generalbevollmächtigte der „Gewerkschaft Hildegard“, Steidel, vernommen, der erklärt, daß diese Gewerkschaft kein Unternehmen im Sinne einer bergwerklichen Betätigung gewesen sei. Es habe sich nur um den „Mantel“ der Firma gehandelt, den er für 900 Mark gekauft habe. Ueber die Einzelheiten der Provisionszahlungen und dem Beginn der Verhandlungen mit der Stadt könne er keine Auskunft geben, da er sich daran nicht mehr genau erinnere. Den der Stadt gestuldeten Kaufbetrag habe er durch ein Darlehn bei der Stadt und durch eine Hypothek realisieren müssen, damit er den Verpflichtungen gegenüber Siemens habe nachkommen können. Für die Hypothek habe er der Sparkasse, der Deutschen Bank und anderen Banken ein Darlehn von 800 000 bis eine Million Mark zahlen müssen. Er habe auch nichts davon gehört, daß die Stadt Berlin schon vorher die Absicht hatte, dieses Gut zu kaufen.

Zeuge Stadtrat Stimming vom Bezirksamt Dichtenberg befindet als zuständiger Dezent, daß Walling 1925 als Vermittler für die Siemenschen Erben das Gut angeboten habe, das Dichtenberg auch kaufen wollte. Der Zentralmagistrat habe aber den Ankauf zweimal als zu teuer abgelehnt, weil man nicht eine Mark pro Quadratmeter anlegen wollte. 1927 habe dann Buisch das Gut für 1,75 Mark pro Quadratmeter erworben. Er hält es für möglich, daß die Gewerkschaft Hildegard beim Ankauf von Biesdorf gewirkt hat, daß die Stadt sich für Biesdorf interessiert. Außerdem hat er die Gewerkschaft darauf aufmerksam gemacht, daß sie für den Fall der Parzellierung die hohen Anliegerkosten zu tragen hätte.

Stadtbauamtsdirektor Lehmann befindet über die Realisierung der Forderungen der Gewerkschaft an die Stadt, daß die Gewerkschaft 1927 gegen Verpfändung ihrer Hypothek auf Biesdorf ein Darlehn von 4 Millionen beantragt hat. Nach dem Kauf von

Biesdorf durch die Stadt wurde auch ein Darlehn von 8 Millionen gegeben, das mit 10 Prozent zu verzinsen war, während sie für die Hypothek auf Biesdorf 8 Prozent Zinsen erhielt. Am 1. April 1928 betrug der Saldo 1,98 Millionen Mark, der abgedeckt war durch die Hypothek mit über 2 Millionen. Aber formal habe es sich um ein zulässiges Bankgeschäft gehandelt, das er aber nicht ohne Empfehlung des Stadtrats Buisch gemacht hätte. — Stadtkämmerer Dr. Range erklärte als Zeuge, daß er sich immer gegen die Grundstücksankäufe der Stadt gewendet habe. Oberbürgermeister Buisch sagt aus, daß das erste günstigste Angebot von Siemens seiner Erinnerung nach nicht deshalb abgelehnt wurde, weil es zu hoch war, sondern weil die Stadt damals nicht die Absicht hatte, Biesdorf zu kaufen. Erst 1 1/2 Jahre später habe der Bezirk Dichtenberg auf den Kauf gedrängt, weil im Osten Berlins viel zu wenig Siedlungsmöglichkeiten bestanden. Inzwischen seien natürlich die Grundstückspreise erheblich gestiegen. Er kann darüber nichts sagen, wie die Einkahlung der Gewerkschaft Hildegard zustande gekommen ist. Zimmerhahn mußte man sagen, daß angefallene großen Preissteigerungen nach der Preis von 1,75 Mark pro Quadratmeter günstig sein konnte. Seiner Erinnerung nach habe er allerdings die Bedenken des Stadtkämmerers gegen den Ankauf geteilt.

Zeuge Steidel überreicht dem Ausschuss den Kaufvertrag zwischen der Gewerkschaft Hildegard und den Siemenschen Erben und weist darauf hin, daß aus dem Vertrag hervorgehe, daß das Gut zum Zwecke der Parzellierung gekauft sei. Für die Parzellierungspläne habe er 30 000 Mark bezahlen müssen. Die weitere Vernehmung ergibt, daß Walling für den am 1. Juli 1927 perfekt gewordenen Verkauf 200 000 Mark Provision bekommen hat. Auch Justizrat Palm hat 75 000 Mark Provision erhalten. Für seine Zahlungen an Siemens habe er, der Zeuge, die Mehrzahl der Aktien der Gewerkschaft bekommen. Bis Ende 1927 habe er selbst an Siemens in Teilbeträgen mindestens 500 000 Mark gezahlt und außerdem noch Bürgschaft für eine Million gegenüber Siemens übernommen. Ob Buisch den Tip gegeben hat, von der Stadtbank ein Darlehn zu nehmen, kann er nicht sagen. Dadurch, daß er bei Siemens mit seinen Zahlungen in Bezug gekommen sei, habe er Siemens nicht 4, sondern 5 Millionen Mark zahlen müssen. Er habe an Siemens in Teilbeträgen etwa 500 000 Mark aus eigenen Mitteln bezahlt, weil an einen Vertrag mit der Stadt noch nicht zu denken war. Als letzter Zeuge wird Walling vernommen. Er habe

## Giganten der Landstraße

Ein Rennfahrer-Roman von André Keuze  
Autorisierte Uebersetzung von Fred A. Angermayer  
Copyright by Büchergilde Gutenberg Berlin

„Hinweise! ... Zum Beispiel: die zweite Verpflegung jeder Etappe befragt Grangier. Wollen Sie mir einmal sagen, weshalb man ihm ausgerechnet den ausgefachten Halbrundfels, einen einst völlig unfähigen Bahnfahrer, der viele um ihre Chancen gebracht hat, an die Seite gab? Dieser Kerl ist ja allem fähig, ich jedenfalls habe nicht das mindeste Vertrauen zu seiner Kameradschaft! ... Ich will nun keineswegs sagen, daß wir wieder zu den scheußlichen Zuständen von 1904 zurückkehren, jenem berüchtigten Banditenjahr, ... aber ...“

„Stimmt, der Bengel ist wirklich mein Schüler! Am meisten freut mich, daß er schon Rückgrat hat! Nachfolende, Weiber oder dergleichen, gibts nicht! Jeden Tag liegt er Punkt neun im Bett! Ich hoffe, daß er diesmal die Rundfahrt durchsteht! Voriges Jahr ist er in Briancon ausgeflogen, weil er sich seit Bayonne durchgelesen hatte.“

„Was? ... Seit Bayonne? ... Und da fuhr er noch bis Briancon?“ fragte Mainguy ehrlich erstaunt.

„Allerdings, verehrter Herr! Ja, das ist eben die Rundfahrt! ... Für die meisten wird sie zur Wundfahrt! ... Da heißt es nicht nur allein mit Muskel, Willen oder Doping anzutreten, sondern auch, trotz Furunkel und Wunden, 5400 Kilometer lang, dreißig Tage, im Sattel sitzen!“

„Aber das ist ja grauenvoll!“

„Es ist allerdings keine Hochseilstraße oder ein Sonntagsausflug, darauf können Sie sich verlassen! Aber wir haben noch den härtesten Belgier De-moulber in unserem Stall, einen Burschen, der zwar etwas schwer antritt, der aber in Regen und Kälte, wenn alle anderen mauleot sind, erst recht warm wird und dann auch gewinnt! ... Schließlich haben wir noch den alten, einstmalig ausgezeichneten Bouarre und den sehr harten Tempoholzer Bouillabour, der speziell für die Tour“ engagiert wurde und erst einmal die Strecke kennen lernen muß. Kurz und gut: Blanc-Mesnil, der keine Chevillard und meine Meinungst werden alles dransetzen, um mit dabei zu sein!“

„Und alle anderen vom „Brillant“-Stall sind dazu da, um auch den Anschlag ans übrige Feld herzustellen und auch, wenn's hart auf hart geht, zu unterstützen!“ ergänzte Ravenelle.

Der Champion lächelte:

„Sie wissen gut Bescheid, Herr Ravenelle! ... Jetzt muß ich aber rath in die erste Etappe und einen Happen essen, ehe es losgeht!“

Während in den langen Soal durchschritt, regnete erneuter Beifall auf ihn nieder. Ein Automobilist, der in nervöser Hast sein Auto durchhinterstreckte und auch während des Speisens die Brille aufbehielt, lachte Lampier zu.

„Nun mach aber schnell, Durien, die anderen sind schon beim Käse!“

„Das ist der Rennleiter Ballu“, sagte Ravenelle seinem Freund ins Ohr, „ein ganzer Kerl! Ich werde Ihnen dann mehr von ihm erzählen.“

Nachdem sie erst eine Weile mit einem der Geschäftsführer verhandelt hatten, in deren Neugierigen abzuhalten bestrebt war, gingen sie in den ersten Stock hinauf.

Sie betraten einen kleinen Saal, mit niedriger Decke und einfachen Kalkwänden. Um lange, aneinandergereichte Tische saßen etwa fünfzig verschiedenfarbig bekleidete Rennfahrer, zusammengepackt wie exotische Vögel in einem Käfig.

Alle hatten ihre weißen, rosedaroten, blauen, gelben oder grünen Mützen aufbehalten und sahen unter den schwingenden Lampen wie Teilnehmer einer italienischen Nacht aus.

Ein Duzend Zeichner war flieberhaft dabei, die berühmtesten mit einigen Strichen festzuhalten.

Lächelnd und begabert sah Mainguy mit halbgeschlossenen Augen auf das farbenreiche Bild.

„Sie sind alle „Ranonen“ beisammen!“ sagte Ravenelle.

„Was mir im Augenblick höchst egal ist“, erwiderte der Maier. „Nach reizt zunächst nur Farbe und Bewegung dieses neuen Milieus.“

„Aha! ... Sie kommen also schon auf den Geschmack! ... Sie sollen aber noch mehr sehen! ... Gehen wir jetzt in den Lunapark, um uns einmal die Außenleiter der Rundfahrt zu betrachten! ... Das ist ein ganz anderes Bild!“

Auf der Straße staute sich die erregte und lärmende Menge. Nur mühevoll vermochte sich das Auto seinen Weg zu bahnen, trotz aller Klänge und Signale des Chauffeurs. Man nahm ihn nicht ernst und rief ihm entweder lustige oder grobe Worte zu. Am Rande des Trottoirs streckte ein hübsches Mädchen die Arme nach Ravenelle aus und bettelte:

„Nimm mich doch mit, Großer! Nimm mich mit!“

Andere riefen belustigt:

„Gute Nacht!“

Ein kleiner Bengel reichte die Nase hoch und rief hallend:

„Schie mal anständig Rennberichte, alter Knabe!“

Vor dem Lunapark wurde das Gedränge einfach lebensgefährlich, und Ravenelle mußte sich mit Mainguy den Eingang erkämpfen.

Hier, in diesem riesigen Volkspark, hatten sich nämlich die Bewunderer der „Strohengiganten“ für ein Silberstück das Recht erkauft, im erhabenen Augenblick der Einschreibekontrolle und der Rückennummernverteilung, wie Sardinen zusammengedrückt, mit dabei sein zu dürfen.

(Fortsetzung folgt.)



Herrn von Siemens den Auftrag erhalten, Wiesdorf für  
Kommunen zu verwalten, gleichgültig ob an Berlin oder an  
Interessenten. Daraufhin habe er, Waibling, mit Statibart  
verhandelt, der aber abgelehnt habe. Lichtenberg habe  
erklärt, daß man es später noch einmal versuchen müsse.  
Wiesdorf habe er mit der Land- und Baugesellschaft Verhand-  
lungen angeknüpft und 1928 sei ein Bebauungsplan entworfen  
worden. Das Geschäft sei aber nicht zustande gekommen. Hierauf  
er Statibart, der nervös wurde, gelangt, man müsse das  
Projekt der Stadt schmachtlich machen. Diese habe dann später  
erklärt, daß der Ankauf zustande kommen könne, wenn der Kauf-  
preis bis Januar 1930 geklärt werde. Dann sei es zu dem  
Ankauf durch die Stadt gekommen und zu den Transaktionen

mit der Stadtbank. Er selbst habe sowohl beim Kauf von Wies-  
dorf als auch am Verkauf des Gutes an die Stadt, für Bereit-  
stellungen um insgesamt 380 000 Mark verbüßt.  
Auf eine Frage des Abg. Brüggemann (Soz.) beklundet  
Waibling offen, daß die Gewerkschaft Hildegard eigentlich nur  
bei diesem Geschäft dazwischen geschoben sei, weil weder Herr  
von Siemens noch Statibart in der Öffentlichkeit genannt werden  
wollten. Die Gewerkschaft sei ein „wunderbarer Wanst“ ge-  
wesen. Ueber alle Verhandlungen mit der Stadt  
sei die von Siemensche Vermögensverwaltung  
unterrichtet gewesen. Die Siemenschen Erben hätten  
sich vorbehalten, bei günstigerem Verkaufsergebnis selbstverpflich-  
tlich mit am Gewinn zu partizipieren. (Große Bewegung!)

Hinter den Bewegungen des sozialen Realismus (Ständischer  
Beifall der Soz. — Erregte Gegenrufe der Volkspartei.)  
Reichsfinanzminister Dr. Hilferding:  
Ueber die Zuverlässigkeit der Prophezeiungen des Herrn  
Dr. Herz kann man streiten. Mein Steuerentwurfprogramm  
ist sehr vorsichtig aufgestellt. Die Rassenanerkennung werden wir  
nach meinen Vorschlägen durchführen, und damit auch das Schul-  
tungsgebot ausführen können. Auf die Einzelheiten des  
Hilferdingprogramms kommt es nicht an. Aber unbefriedigbar  
hätte es die Tendenz, die überspannten direkten Steuern abzu-  
bauen und eine Umlagerung zugunsten der indirekten Steuern  
vorzunehmen. Die notwendige Ausgabenreduzierung erfordert Ab-  
striche bei allen Ets. Da können wir nicht am Etat des  
Reichsarbeitsministers vorbeigehen. Eine antisoziale Tendenz  
steht dabei vollkommen fern. Das Ausgabenprogramm ist  
gesehen ist in der Rohausführung fertig und wird in aller nächster  
Zeit dem Kabinett vorgelegt werden.  
Abg. Freidel (Wirtschaftspartei): Wir beantragen, daß von  
der Arbeitslosenversicherung 50 Millionen abgezweigt und als  
Zinslose Zulaufhypothek gegeben werden. Dadurch würde die  
Bautätigkeit angekurbelt werden und mittelbar auch die Gesamt-  
wirtschaft.  
Abg. Schröder-Merseburg (Komm.) begründet unter den  
üblichen Anarissen auf die Sozialdemokratie Änderungsanträge  
zur Arbeitslosenversicherung.  
Damit ist die erste Beratung beendet, die Arbeitslosen-  
vorlage geht an den Sozialpolitischen Ausschuß, die  
anderen Vorlagen an den Steuerausshuß.  
Der Verkehrsausschuß beantragt durch Abg.  
Seppel (Soz.), eine Petition gegen die Schließung des  
Reichsbahnausbesserungswerkes Dortmund und der  
Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen und gleich-  
zeitig in einer Entschließung, Sinauschiebung dieser Werk-  
stätigung um 3 Jahre zu verlangen.  
Abg. Scheffel (Soz.):  
Die Schließung des Dortmunder Werkes würde weiters  
Verlängerung der Arbeitszeit in anderen Aus-  
besserungswerken zur Folge haben und 700 Mann auf die Straße  
setzen, die den Gemeinden zur Last fallen würden. Dabei sind  
in den letzten Jahren neue kostspielige Maschinen aufgestellt  
worden. Die Leistungen des Werkes standen nach Güte und  
Menge ganz beträchtlich über dem Durchschnitt, die Beschäftigung  
reichte vollkommen aus. Nicht nur das Personal ist gegen die  
Schließung, auch die Handelskammer, die Handwerkskammer,  
das Landesarbeitsamt usw. protestieren gegen sie. Schon in  
früheren Fällen hat sich die Reichsbahngesellschaft über die  
Wünsche des Reichstags mit einer Kaltchnäuzigkeit ohnegleichen  
hinweggesetzt. Es wird Zeit, energischer gegen die Reichsbahn-  
gesellschaft aufzutreten, die für Personalersparnis Leistungs-  
zulagen gibt, und damit die Arbeitslosigkeit vergrößert.  
Abg. Seppel (Soz.) begründet einen Antrag, daß die beab-  
sichtigte Schließung der Eisenbahnwerkstätte  
Breslau unterbleiben möge.  
Die Anträge des Verkehrsausschusses werden angenommen  
und ihm der neue Antrag Seppel überwiesen. — Gegen 17 Uhr  
verläßt das Haus sich auf Donnerstag.

# Wie die Regierung Brüning die Finanzen zerstört

## Rechnung des Genossen Herz mit der leichtfertigen, unvollenden und arbeiterfeindlichen Finanzpolitik der Regierung Brüning

Berlin, 9. April. (Eig. Bericht.)  
Im Reichstag wurde die erste Beratung der  
Finanzreform fortgesetzt.  
Abg. Dr. Herz (Soz.):  
Am Dienstag hat der vorkapitalistische Redner  
Wiesdorf heftige Angriffe auf den früheren Arbeitsminister  
Hilferding gerichtet. Wir empfinden diese Angriffe trotz ihrer ver-  
dammenden Form nicht als Kränkung, sondern als Anerkennung,  
denn die Sozialdemokraten. Sie galten nicht der Person  
des Freundes Hilferding, sondern dem Arbeitsminister, der in  
seiner Zeit und unter den schwierigsten Umständen die  
Interessen der Arbeiterklasse verteidigt und aus-  
gesprochen hat. (Beifall der Soz., Gelächter der Komm.) Man  
müht sich nur die unter Mitwirkung Hilferdings zustandegekommene  
Lage mit ihrer Anerkennung der großen Bedeutung der  
Arbeitslosenversicherung und mit ihrem Bekenntnis zur Sozial-  
politik zu vergleichen mit dem neuen Entwurf, der die Unter-  
stützung Wolbenhauers trägt, und in dem diese Anerkennung und  
Bekenntnis fehlen.  
Im Gegensatz zu den Auffassungen Dr. Pfeffers und seiner  
Genossen sehen wir in der

des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding war  
ein Rassenföhlbetrag von 650 Millionen vor-  
handen, und aus diesem Föhlbetrag sind die ungeheuren  
Schwierigkeiten des vergangenen Jahres entstanden.  
Ebenso wenig wie an die Rassenanerkennung glaube ich daran,  
daß das Versprechen, das die Reichsregierung jetzt öffentlich ab-  
gibt, nämlich 1931 volle 600 Millionen zur Steuerentlastung zu  
verwenden, erfüllt werden kann oder wird. Die Berech-  
nungen der Reichsregierung darüber entbehren  
ebenso der rechnerischen Sicherheit, wie der tat-  
sächlichen Unterlagen, wie die Berechnungen der früheren  
Regierung im Dezember 1928. Gewiß fallen 1931 eine Reihe  
einmaliger Ausgaben fort, aber es fehlen dann auch einmalige  
Einnahmen, und es treten die neuen unausweichlichen Ausgaben  
hinzu, so daß selbst wenn Sie das Disprogramm und die Agrar-  
zollprämien usw. nicht berücksichtigen, 600 Millionen nicht ver-  
fügbare sein werden. Unter dem Druck des Reichstages hat man  
sich ja auch schon der Auffassung angeschlossen, daß nicht von  
600 Millionen, sondern bestenfalls nur von 100 bis 200 Millionen  
die Rede sein kann. Das kommt auch in der neuen Formulierung  
der Artikel 2 und 3 der jetzigen Regierungsvorlage zum Ausdruck.  
In den letzten Diskussionen hat sich die Reichsregierung auf  
den Standpunkt gestellt, sie vertrete das Finanzprogramm vom  
Dezember 1928. Im Steuerausshuß hat der Reichsfinanzminister  
am Mittwoch in einer Polemik gegen meinen Freund Keil gesagt,  
er vertrete ja nur, was unser Freund Hilferding im vergangenen  
Jahre vorgeschlagen habe. Das ist nicht richtig. Es ist  
so wenig richtig, daß ich Zweifel habe, daß das  
jemand mit einigem guten Gewissen sagen kann.  
(Sehr wahr! bei den Soz.) Daß die Entwicklung vom  
Dezember 1928 bis jetzt einen anderen Weg gegangen ist, als  
damals angenommen wurde, beweist die jetzige Regierungsvor-  
lage. Aber selbst, wenn man das anerkennt, dann bleibt doch  
an dieser Behauptung noch soviel unrichtig, daß ich für die Zu-  
kunft möchte, daß man nicht mit falschen Karten spiele und die  
vorhandenen Unterschiede offen gebe. (Sehr gut! bei den Soz.)  
Das Programm Wolbenhauers ist ein ganz anderes, als jenes,  
das Hilferding vertreten hat. Im Programm Hilfer-  
dings waren die Steuererhöhungen auch bei den  
Verbrauchssteuern wesentlich niedriger, als  
in dem jetzigen Programm. Die Biersteuer sollte  
nur um 50, nicht um 75 Prozent erhöht werden. Es war weder  
eine Erhöhung der Rasse- und Teezölle, noch  
eine Besteuerung der Mineralwässer, des  
Benzins und Benzols vorgesehen, es waren die Steuer-  
entlastungen viel gleichmäßiger verteilt als jetzt; für die erste  
Etappe war vorgesehen, daß von 750 Millionen Steuerentlastung  
mehr als die Hälfte auf die Steuern der breitesten Schichten  
kommen soll: 208 Millionen auf die Lohnsteuer, 180 Millionen  
auf die Besteuerung der Zuckerversteuer, 20 Millionen auf die Er-  
höhung der Freigrenze für die kleinen Vermögenden. All das ist  
in dem neuen Programm nicht vorgesehen. Die Senkung  
der Rassesteuern soll verbunden werden mit der gleichzeitigen  
Einführung einer Kopfsteuer und mit der Beseitigung der Lohn-  
steuererstattungen. Mit gutem Gewissen kann man also nicht  
sagen, daß dieses Programm mit dem vorigen identisch ist.

# Neue Kommunistenverhaftungen in Berlin

Am Mittwoch sind in Berlin im Zusammenhang mit der  
Aufdeckung einer zweiten kommunistischen Ge-  
heimdruckerei zahlreiche Personen verhaftet worden. Die  
Aktivität der Polizei dürfte in den nächsten Tagen noch zu weiteren  
Verhaftungen führen.  
Vorerst hat man vor allem diejenigen Personen festgenommen,  
die direkt an dem Betrieb der Geheimdruckerei beteiligt waren.  
Die Polizei ist jedoch bemüht, darüber hinaus die ganze, weit-  
verzweigte Organisation aufzudecken, mit deren Hilfe die in der  
vergangenen Woche hergestellten Zerkleinerungsarbeiten nach  
einem bestimmten Plan und durch die Hände der verschiedensten  
Mittelsmänner an diejenigen Stellen verteilt werden, die mit der  
eigentlichen politischen Arbeit, den Reichswehr-Truppenteilen und  
Polizei-Formationen, betraut waren. Ungeklärt ist bisher ins-  
besondere noch die Frage der Herkunft der recht erheblichen  
Gelder, die zum Betrieb der zahlreichen Druckereien notwendig  
waren.

# Arbeitslosigkeit ein nationales Unglück

Die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit mit unseren allgemeinen Wirt-  
schaftsverhältnissen untrennbar verbunden ist, daß sie nicht von dem  
einen oder anderen Willen des einzelnen Arbeitlosen abhängt,  
legt uns, gegen dieses nationale Unglück Vorkehrungen zu treffen,  
die uns in der Vergangenheit und wird uns  
in Zukunft stets als Gegner des Abbaus der  
Arbeitslosenversicherung finden.  
Hauptursache, die Differenz zwischen der Sozialdemokratie  
und den übrigen Parteien wegen der Arbeitslosenversicherung  
so klein und unbedeutend gewesen, daß sie nicht den Anlaß  
zur Bildung der bisherigen Koalition hätte bilden dürfen, hat  
eine andere Seite. Ueberlegt sich denn niemand von Ihnen  
diesem Argument, daß es sich eigentlich gegen die andere  
Seite richtet? (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Differenz  
zwischen uns und den übrigen Parteien wirklich so klein ist, wie  
man sagt, ja warum hat es denn da kein Ueberbrücken des Gegen-  
satzes durch ein kleines Nachgeben von Ihnen gegeben? Wir  
haben doch die Vorlage der Reichsregierung ver-  
urteilt, die die Reichsregierung immer für die richtige hielt,  
die mit uns bis in die letzten Tage des Stretches hinein alle  
Parteien der bisherigen Koalition mit Ausnahme der Volkspartei  
nicht nur sozialpolitisch, sondern auch finanzpolitisch für  
richtig und vorzuziehender gehalten haben. Es ist keine so  
große Differenz zwischen der Deutschen Volkspartei und der  
Sozialdemokratie gewesen, denn mit der Verschiebung  
der Entscheidung über die Arbeitslosenversicherung  
bis zur Lösung des gesamten Sanie-  
rungsprogramms konnte nichts anderes vor-  
genommen sein, als die Wirtschaft, eine für die Deutsche  
Volkspartei günstiger erscheinende Situation  
zu erwarten und in dieser den Abbau der  
Arbeitslosenversicherung durchzuführen.

# Gandhi nicht verhaftet

Aber seine Anhänger schwer bestraft  
New Delhi, 8. April. (Eig. Drahtbericht.)  
Die britisch-indischen Gerichte haben am Dien-  
stag eine Reihe von Anhängern Gandhis zu schweren  
Strafen verurteilt. Gandhis Sohn, Ram Das,  
wurde in Surat mit vier seiner engsten Mitarbeiter zu je  
sechs Monaten Kerker verurteilt. Ein Gericht in  
Bombay verurteilte Jamanlal Bajaj, einen einflussreichen  
und wohlhabenden Führer der dortigen Freiheitsbewegung, und  
zwei seiner Anhänger zu je zwei Jahren Gefängnis und hohen  
Geldstrafen. In Jaipur wurde ein Professor der dortigen  
Schule Gandhis zu einem Jahr Kerker verurteilt. Die offizielle  
Erklärung für die Unterschiede in der Strafbemessung bei gleichen  
Vergehen besteht darin, daß Gandhis Sohn angeblich lediglich  
Verlesung der Satyagrahe und Aufreizung der Menge unter An-  
klage verurteilt worden seien.  
Gandhi selbst ist noch immer auf freiem  
Fuß. Er begab sich am Dienstag nach Kat, wo am Tage zu-  
vor Zusammenstöße zwischen seinen Anhängern und der Polizei  
erfolgten, und forderte dort Salz. Auf Befehl der Be-  
hörde hat sich die Polizei zurückgezogen. Gandhi  
blieb unbeschädigt. Eine Menge von 8000 Personen hatte  
in Erwartung der Verhaftung Gandhis am Ufer Aufstellung  
genommen. Gandhi beabsichtigt, jetzt von Ort zu Ort zu ziehen  
und so lange die Satyagrahe zu übertreten, bis die Behörden ihn  
verhaften.

# Englands Vermittlungsaktion am Balkan

Sofia, 7. April. (Eigener Bericht.)  
Der englische Gesandte in Belgrad stiftete den  
maßgebenden Persönlichkeiten der bulgarischen Regierung  
dieser Tage im Zusammenhang mit den gespannten Be-  
ziehungen zwischen Bulgarien und Südslawien  
und den mazedonischen Attentaten in Piro,  
Kotljani, Strumica und Palanka einen längeren Be-  
such ab. Der Zweck der Reise des englischen Gesandten war, sich  
im Auftrage seiner Regierung, die hart zum Gelingen der Ver-  
ständigungskonferenz in Sofia beigetragen hat, über  
die Haltung der bulgarischen Regierung zu den von Belgrad ge-  
stellten Forderungen: Vorgehen gegen die unruhigen mazedo-  
nischen Organisationen und Bestrafung der Attentäter — zu  
informieren.  
Von der bulgarischen Presse ohne Unterschied der politischen  
Einstellung wird die von der englischen Arbeiter-  
regierung übernommene Vermittlungsaktion zwischen  
Sofia und Belgrad warm begrüßt. Indem der sozialistische  
Marxist der englischen Aktion besten Erfolg im Interesse einer  
Befriedung des ewig unruhigen Südostens Europas wünscht, fügt er  
hinzü, daß die englische sozialistische Regierung ihre für sich ein-  
setze, da sie keine einseitige Stellungnahme zeige, sondern die Be-  
friedung und Wünsche beider Ränder im Blick liegend  
über die objektive Lage prüfe. Ein erster Erfolg der eng-  
lischen Balkanpolitik sei bereits zu verzeichnen: Sowohl in  
Belgrad wie in Sofia habe man den englischen Rat zur  
Ruhigung befolgt und damit schon viel gewonnen.

# Die Reichsregierung verhandelt jetzt, um eine Mehrheit nach Hilferding hin zur Schaffung neuer Agrarsubventionen und einer weit- reichenden Dithilfe zustandzubringen.

Ich habe bisher noch niemanden gefunden, der den  
Worten der Regierungserklärung geglaubt hat, daß  
diese Dinge ohne neue Steuerbelastung ausgeführt  
werden können,  
Ich habe einweilen starke Befürchtungen, daß von  
her aus ein Loch in den Reichsfinanzen ent-  
steht, das noch manchem derjenigen, der es jetzt  
lassen hilft, schwere Sorgen verursachen wird.  
Sehr wahr! bei den Soz.)  
Die Sanierung der Reichsfinanzen, das wichtigste  
Ziel der letzten Monate, wird durch die Regierungsvor-  
lage nicht erreicht. Der jetzige Reichsfinanzminister  
hat den Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung in den Etat ein-  
gebracht und sich zu der Auffassung bekehrt, daß die Schulden-  
aufnahme nach dem Gesetz vom Dezember 1929 in voller Höhe  
vorgesehen sein soll. Aber was ist von dieser ursprünglichen  
Absicht der Reichsregierung übrig geblieben? In die Schulden-  
aufnahme werden jetzt die Föhlbeträge von 1928 und 1929 ein-  
geklammert, zu deren Deckung wir nach dem Haushaltsgesetz ohnedies  
empfindlich sind. Und da diese Föhlbeträge über 450 Millionen  
ausmachen, werden diese nicht einmal reichen, um diese beiden  
ausnahmehaftigen Verpflichtungen zu erfüllen. Das ganze  
Schuldenaufnahmeprogramm wird durch die jetzigen Vorlagen der  
Reichsregierung seines ursprünglichen Inhalts beraubt. Wir  
wissen nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers, daß die  
materiellen Schwierigkeiten, die im Mai und im Dezember ent-  
standen sind, nicht sehr groß sind. Aber wir werden am  
Ende des Etatsjahres 1930 nicht mit einem  
Rassenföhlbetrag von 300 Millionen zu rechnen  
haben, sondern mit einem Rassenföhlbetrag von rund 600 Mil-  
lionen, das heißt, wir werden auf eine Zeit wie in der ersten  
Hälfte 1928 zurückgeworfen werden. Beim Amtsantritt

# Das Kapitalbildung notwendig ist, bestritten nie- mand. Auf der Tagung der Friedrich-Wilhelm-Gesellschaft Ende Oktober vorigen Jahres hat der Vorsitzende Professor Harms das Ergebnis gezogen, daß man durch Steuererleichterungen die Kapitalbildung nicht fördern. Ein zweites Ergebnis war die Erkenntnis, daß für die Wirtschaftsentwicklung nicht die Kapitalbildung entscheidend ist, sondern die Steigerung des Wirkungsgrades der gesonten produktiven Kräfte der Wirtschaft. Der Präsident des Statistischen Reichsamtes, Professor Wagemann, hat eine Statistik vorgelegt, aus der hervorgeht, daß die Einkommen unter 8000 Mark zwar nur 5,7 Prozent der Kapitalbildung gegenüber 17,06 Prozent der nächsthöheren Einkommensgruppe darstellen, daß aber von den Einkommen unter 8000 Mark insgesamt 2078 Millionen Mark Kapital gebildet werden gegenüber 1170 Millionen der anderen Einkommen. Es wäre unnötig, wollten wir gegen Kapitalbildung sein, wir sind nur mit aller Kraft dagegen, daß die Kapitalbildung ein Geschenk an die reichen Leute und nicht eine Steigerung der volkswirtschaftlichen Pro- duktivität sein soll.

Man behauptet, es sei unmöglich, innerpolitische Aufgaben  
mit der Sozialdemokratie zu lösen. In kurzer Zeit wird man  
sehen, daß das unrichtig ist. Denn angesichts der Zukunfts-  
prognosen, die auf Kosten des ganzen Volkes und der  
Reichsfinanzen der agrarischen Rechten gemacht  
werden, werden das deutsche Volk und die Reichsfinanzen viel  
schwerer belastet sein, als die Sanierung der Arbeitslosenver-  
sicherung ausgemacht hätte, über die die vorige Regierung geklagt  
ist. Alles, was in den letzten Tagen im Steuerausshuß vor-  
gegangen ist, war ein einziger Beweis dafür, daß eine Mehrheit  
in diesem Hause ohne die Sozialdemokratie nur durch unglückliche  
Zugeständnisse erkauft werden kann. Wenn Sie diesen Weg fort-  
schreiten, dann lagere ich Ihnen, und damit werde ich genau so  
Recht behalten, wie bei der Beurteilung der Finanzlage im De-  
zember, dann werden Sie das große Ziel, das wir mit Ihnen  
erreichen wollten, nämlich durch eine ganze Reihe finanzpolitischer  
Maßnahmen die Rassen des Reiches zu sanieren, Sicherheit für  
den Wiederaufbau der Wirtschaft zu schaffen, das Wirtschafts-  
leben hoch zu bringen und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen —  
dieses Ziel werden Sie nicht erreichen, und zwar deshalb, weil  
bei Ihnen die wirtschaftlichen Erwägungen zurückgestellt werden

# Die Reichsregierung verhandelt jetzt, um eine Mehrheit nach Hilferding hin zur Schaffung neuer Agrarsubventionen und einer weit- reichenden Dithilfe zustandzubringen.

Ich habe bisher noch niemanden gefunden, der den  
Worten der Regierungserklärung geglaubt hat, daß  
diese Dinge ohne neue Steuerbelastung ausgeführt  
werden können,  
Ich habe einweilen starke Befürchtungen, daß von  
her aus ein Loch in den Reichsfinanzen ent-  
steht, das noch manchem derjenigen, der es jetzt  
lassen hilft, schwere Sorgen verursachen wird.  
Sehr wahr! bei den Soz.)  
Die Sanierung der Reichsfinanzen, das wichtigste  
Ziel der letzten Monate, wird durch die Regierungsvor-  
lage nicht erreicht. Der jetzige Reichsfinanzminister  
hat den Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung in den Etat ein-  
gebracht und sich zu der Auffassung bekehrt, daß die Schulden-  
aufnahme nach dem Gesetz vom Dezember 1929 in voller Höhe  
vorgesehen sein soll. Aber was ist von dieser ursprünglichen  
Absicht der Reichsregierung übrig geblieben? In die Schulden-  
aufnahme werden jetzt die Föhlbeträge von 1928 und 1929 ein-  
geklammert, zu deren Deckung wir nach dem Haushaltsgesetz ohnedies  
empfindlich sind. Und da diese Föhlbeträge über 450 Millionen  
ausmachen, werden diese nicht einmal reichen, um diese beiden  
ausnahmehaftigen Verpflichtungen zu erfüllen. Das ganze  
Schuldenaufnahmeprogramm wird durch die jetzigen Vorlagen der  
Reichsregierung seines ursprünglichen Inhalts beraubt. Wir  
wissen nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers, daß die  
materiellen Schwierigkeiten, die im Mai und im Dezember ent-  
standen sind, nicht sehr groß sind. Aber wir werden am  
Ende des Etatsjahres 1930 nicht mit einem  
Rassenföhlbetrag von 300 Millionen zu rechnen  
haben, sondern mit einem Rassenföhlbetrag von rund 600 Mil-  
lionen, das heißt, wir werden auf eine Zeit wie in der ersten  
Hälfte 1928 zurückgeworfen werden. Beim Amtsantritt

Ich habe einweilen starke Befürchtungen, daß von  
her aus ein Loch in den Reichsfinanzen ent-  
steht, das noch manchem derjenigen, der es jetzt  
lassen hilft, schwere Sorgen verursachen wird.  
Sehr wahr! bei den Soz.)  
Die Sanierung der Reichsfinanzen, das wichtigste  
Ziel der letzten Monate, wird durch die Regierungsvor-  
lage nicht erreicht. Der jetzige Reichsfinanzminister  
hat den Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung in den Etat ein-  
gebracht und sich zu der Auffassung bekehrt, daß die Schulden-  
aufnahme nach dem Gesetz vom Dezember 1929 in voller Höhe  
vorgesehen sein soll. Aber was ist von dieser ursprünglichen  
Absicht der Reichsregierung übrig geblieben? In die Schulden-  
aufnahme werden jetzt die Föhlbeträge von 1928 und 1929 ein-  
geklammert, zu deren Deckung wir nach dem Haushaltsgesetz ohnedies  
empfindlich sind. Und da diese Föhlbeträge über 450 Millionen  
ausmachen, werden diese nicht einmal reichen, um diese beiden  
ausnahmehaftigen Verpflichtungen zu erfüllen. Das ganze  
Schuldenaufnahmeprogramm wird durch die jetzigen Vorlagen der  
Reichsregierung seines ursprünglichen Inhalts beraubt. Wir  
wissen nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers, daß die  
materiellen Schwierigkeiten, die im Mai und im Dezember ent-  
standen sind, nicht sehr groß sind. Aber wir werden am  
Ende des Etatsjahres 1930 nicht mit einem  
Rassenföhlbetrag von 300 Millionen zu rechnen  
haben, sondern mit einem Rassenföhlbetrag von rund 600 Mil-  
lionen, das heißt, wir werden auf eine Zeit wie in der ersten  
Hälfte 1928 zurückgeworfen werden. Beim Amtsantritt

Ich habe einweilen starke Befürchtungen, daß von  
her aus ein Loch in den Reichsfinanzen ent-  
steht, das noch manchem derjenigen, der es jetzt  
lassen hilft, schwere Sorgen verursachen wird.  
Sehr wahr! bei den Soz.)  
Die Sanierung der Reichsfinanzen, das wichtigste  
Ziel der letzten Monate, wird durch die Regierungsvor-  
lage nicht erreicht. Der jetzige Reichsfinanzminister  
hat den Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung in den Etat ein-  
gebracht und sich zu der Auffassung bekehrt, daß die Schulden-  
aufnahme nach dem Gesetz vom Dezember 1929 in voller Höhe  
vorgesehen sein soll. Aber was ist von dieser ursprünglichen  
Absicht der Reichsregierung übrig geblieben? In die Schulden-  
aufnahme werden jetzt die Föhlbeträge von 1928 und 1929 ein-  
geklammert, zu deren Deckung wir nach dem Haushaltsgesetz ohnedies  
empfindlich sind. Und da diese Föhlbeträge über 450 Millionen  
ausmachen, werden diese nicht einmal reichen, um diese beiden  
ausnahmehaftigen Verpflichtungen zu erfüllen. Das ganze  
Schuldenaufnahmeprogramm wird durch die jetzigen Vorlagen der  
Reichsregierung seines ursprünglichen Inhalts beraubt. Wir  
wissen nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers, daß die  
materiellen Schwierigkeiten, die im Mai und im Dezember ent-  
standen sind, nicht sehr groß sind. Aber wir werden am  
Ende des Etatsjahres 1930 nicht mit einem  
Rassenföhlbetrag von 300 Millionen zu rechnen  
haben, sondern mit einem Rassenföhlbetrag von rund 600 Mil-  
lionen, das heißt, wir werden auf eine Zeit wie in der ersten  
Hälfte 1928 zurückgeworfen werden. Beim Amtsantritt

Ich habe einweilen starke Befürchtungen, daß von  
her aus ein Loch in den Reichsfinanzen ent-  
steht, das noch manchem derjenigen, der es jetzt  
lassen hilft, schwere Sorgen verursachen wird.  
Sehr wahr! bei den Soz.)  
Die Sanierung der Reichsfinanzen, das wichtigste  
Ziel der letzten Monate, wird durch die Regierungsvor-  
lage nicht erreicht. Der jetzige Reichsfinanzminister  
hat den Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung in den Etat ein-  
gebracht und sich zu der Auffassung bekehrt, daß die Schulden-  
aufnahme nach dem Gesetz vom Dezember 1929 in voller Höhe  
vorgesehen sein soll. Aber was ist von dieser ursprünglichen  
Absicht der Reichsregierung übrig geblieben? In die Schulden-  
aufnahme werden jetzt die Föhlbeträge von 1928 und 1929 ein-  
geklammert, zu deren Deckung wir nach dem Haushaltsgesetz ohnedies  
empfindlich sind. Und da diese Föhlbeträge über 450 Millionen  
ausmachen, werden diese nicht einmal reichen, um diese beiden  
ausnahmehaftigen Verpflichtungen zu erfüllen. Das ganze  
Schuldenaufnahmeprogramm wird durch die jetzigen Vorlagen der  
Reichsregierung seines ursprünglichen Inhalts beraubt. Wir  
wissen nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers, daß die  
materiellen Schwierigkeiten, die im Mai und im Dezember ent-  
standen sind, nicht sehr groß sind. Aber wir werden am  
Ende des Etatsjahres 1930 nicht mit einem  
Rassenföhlbetrag von 300 Millionen zu rechnen  
haben, sondern mit einem Rassenföhlbetrag von rund 600 Mil-  
lionen, das heißt, wir werden auf eine Zeit wie in der ersten  
Hälfte 1928 zurückgeworfen werden. Beim Amtsantritt



# Herzberg & Co.

## Ostdeutschlands größte Likörfabrik

gibt die eigenen Fabrikate in Breslau in 6 Filialen ab:  
 Höfchenstraße 48  
 Lauthenstraße 10  
 Klosterstraße 64  
 Blücherplatz 17/18  
 Michaelisstraße 3  
 Selankestraße 17

Vom Faß, per Liter  
 Breslauer 32% . . . 2.85  
 Rathaus-Crème 38% 2.90  
 Rumverschnitt 38% 3.70  
 Weinbrandverschnitt 3.45  
 Weinbrand, echt . . . 4.40  
 98% Spiritus . . . 7.00

Liköre vom Faß  
 von 1/10 Liter an  
 per Liter per Liter p. Flasche p. Flasche  
 30% 3.70 35% 4.40 30% 3.10 35% 3.60

Liköre in Flaschen  
 Stansdorfer, Blutorange, Ingwer, Curacao, Alpenkräuter, Prunella, Pfefferminz, Kümmel, Cherry-Brandy, Goldwasser, Kurfürsten, Kirach mit Rum und Bergamotte-Aroma-Likör, Rosen, Halb u. Halb

Spezialitäten  
 El-Crème . 4.00 / 3.20  
 Medoc-Cordial . 5.00  
 Abtel . . . 5.00  
 Elakümmel . . 5.00  
 Herzberg  
 Boonecamp . 5.00  
 Herzberg  
 Lebertröpfchen 5.00  
 Himbeersaft, p. Liter 1.35

Deutscher Weinbrand  
 Marke Urkraft aus französ. Wein in Flaschen  
 Deutscher Weinbrand \*\*\* 3.50  
 Weinbrand \*\*\*\* 4.00  
 Weinbrand \*\*\*\*\* 5.00  
 Verschnitt 2.80, 3.20

Am 7. April verschied nach kurzer, schwerer Krankheit, mein lieber, guter Sohn, unser Bruder, Schwager, Onkel und Nefte, der **Fahrradführer**  
**Max Wende**  
 im blühenden Alter von 22 1/2 Jahren.  
 In tiefer Trauer  
 Breslau, Schleiermachersstr. 10, den 10. April 1930  
**Martha Wende als Mutter**  
 nebst Geschwistern und Anverwandten.  
 Einäscherung: Freitag, den 11. April, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gräbchen

**Stadt-Theater**  
 (Opernhaus)  
 Donnerstag  
 20 bis nach 22,30 Uhr:  
**Tietland** 1875  
 Freitag  
 20 bis nach 21 Uhr:  
 Wohnvorstellung 1110  
**Der Wildschütz**  
 Sonntag  
 20 bis nach 22,30 Uhr:  
**Schuld und Sühne**

**Schauspielhaus**  
 Operettenbühne Tel. 363 00  
**Freitag, den 11. April, 8 Uhr**  
**Premiere**  
 5 tages Gasspiel  
 Kammerfänger  
**Georg Schmieler**  
 vom Wiener Stadtoper  
**Kurt von Möllendorf**  
 vom Berliner Metropoltheater  
**Martin Kettner**  
 vom Berliner Metropoltheater  
**Trude Reiter**  
 in Jean Gilberts Welterfolg  
**Hotel Stadt Lember**  
 Spielleitung: Hans Sanden Musikal. Leitung: Ernst Sommer  
 Der Vorverkauf ist eröffnet.

Am Montag, den 7. April, verstarb unser Parteil-Genosse  
**Max Wende**  
 im Alter von 22 Jahren und 8 Monaten.  
 Sein Andenken werden in Ehren halten  
**Die Genossinnen u. Genossen des Distrikts 21 des Sozialdemokratischen Vereins Groß Breslau**  
 Einäscherung: Freitag, den 11. April, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Gräbchen. 1421

**Mädchen**  
 19 J., sucht Anschluss an ebentl. oder Vereint. Dis. unt. **B. 781** an die Geschäftsst. der Zig. erbeten.

**Lobe-Theater**  
 Telefon 611-47  
 Donnerstag, Freitag, 20,15 bis 21,40 Uhr:  
**Musik.**  
 Sonnabend 20,15 Uhr (und täglich)  
 Zum ersten Male:  
**Herr Lamberthier**  
 von Louis Vernouil.

Am Sonntag, den 6. April verschied unser Mitglied, der **Töpfermeister**  
**Max Kiebs**  
 im Alter von 63 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!  
**Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Groß Breslau.**  
 Beerdigung: Freitag, den 11. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Schwowitz.  
 Trauerhaus: Schwowitz. 1418

**Schlafzimmer**  
 von 490.— bis 1200.—  
**Speisezimmer**  
 von 590.— bis 1400.—  
**Küchen**  
 von 120.— bis 480.—  
**Schränke**  
 Kieler, Nußbaum, Eiche, 115, 130, 140, 160, 180 br.  
**Bettstellen**  
 von 40.— an  
 Tische, Stühle, Spiegel  
 Sofa von 75.— an  
 Chaiselongues von 38.— an  
**Auszugstisch**  
 45.—  
**Rohrstühle**  
 1412 7.50  
 Küchenbüffel einzeln  
 Teilzahlung gestattet.  
**Nowotny**  
 Weidenstraße 23/24.

**Thalia-Theater**  
 Donnerstag, Freitag, 20,15 bis 21,15 Uhr:  
**Wie Lärm um Nichts**  
 Sonnabend, Sonntag, 20,15 bis 21,15 Uhr:  
**Kolportage.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Breslau.  
 Am Dienstag, den 8. April, früh 8 1/2 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Böhmer**  
**Andreas Holewa**  
 im Alter von 51 Jahren. 1419  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Verwaltungspolizei Breslau.**  
 Beerdigung: Sonnabend, den 12. April, nachm. 3 Uhr, von der Krematoriumshalle in Gräbchen.

**LIEBICH**  
 Das Sensations-Gastspiel  
**Schützen**  
 und 7 Varieté-Attraktionen.  
 Ruf 34 646  
**Druderei Wollswacht**  
 fertigt moderne Druckarbeiten  
 Breslau 2 Kurze 4/8

**2 Betten**  
 Stuhl, pol., m. Spiral u. Auflagen Mk. 150  
**Möbelhaus Scholz**  
 Matthaistraße 132.

**Kommen Sie sofort! Wie ist das möglich?**  
 20 neue moderne **Anzüge**  
 à 18,50 M. bei Abgabe des Inseparats  
 Getrag. Anzüge von 10.— an  
 Getrag. Jackets von 6.— an  
 Getrag. Mäntel von 8.— an  
 Gehrock, Smoking, sportbillig  
 Eine Serie prima Kammgarn-Anzüge (Maßk.) . . . Mk. 41.—  
**Welfenburger Str. 3.**

INTERNATIONALE  
**OPEL**  
 BALLONVERFOLGUNG  
 SONNTAG, 13. APRIL  
 12 Uhr, Flugplatz Gandau  
 1 OPEL WIRD VERSCHENKT:  
 WER FÄNGT DEN GUTSCHEIN?  
 Opel Automobil-Verkaufs-Gesellschaft m.b.H. Breslau  
 Tel. 222 61.

**Goldene Trauringe**  
 jugenlos — Gravierung gratis  
**Stadtbeamt billigste Preise**  
 Größtes Lager, auch in  
**Uhren und Geschenkartikeln**  
 für streng reelle Bedienung bürgt das 40jährige Bestehen meiner Firma

**Astoria-Säle**  
 Sonnenstr. 42 Inh.: Aug. Hiescher Sonnenstr. 42  
 Heute **Gr. Schweinschlachten**  
 Im Saale: Der vornehme Ball. 1422  
 Sonntag **Öffentlicher Tanz** • Säle an Vereine gratis zu vergeben  
 13. April

**Bensch, Oswitz.**  
 Heute Donnerstag! 1460  
**Großes Frühlingsfest**  
 sowie jeden Sonntag.  
 Montag u. Donnerstag: **TANZ.**

**Großer Laden (Südend)**  
 mit gr. Schaufenster, 2 gr. Zimmer, Baden u. Kellern kein Neubau, an Spezialgeschäft (Fleischer, Bäcker, Installateure pp.) per bald zu vermieten. Näheres  
**Helde, Höfchenstraße 81**  
 täglich 15—17 Uhr. — Telefon 325 70.  
 7821

**Albert Möwius**  
 Schmiedebrücke 56 Telefon 27481  
**Wachtung!** Mein Geschäft befindet sich nur noch in der Schmiedebrücke  
 Wollen Sie Wanzen, Schwaben, Läuse, Flöhe u. anderes Ungeziefer los werden, verwenden Sie nur  
**Fly-Matsch!**  
 Zu haben in Drogerien Ges. gesch.

**WAPPENHOF**  
 Heute sowie täglich ab 4 Uhr:  
**Das große Spezialitäten-Programm**  
 Lya Hessel, internationaler Tanzler und Maja Stern, Solotänzerin / H. Bañour, komischer Musikale / Tokio-Murati, die beiden japanischen Antipoden u. Sensationen am Schrägell / 2 Patsy, Luise-Sensationsakt / Papi Ganzor, originale Parodien und Imitationen auf der Mundharmonika / 2 Rolands, phänomenale Equilibristen **Witt Hampel**, der ausgezeichnete Komiker u. Humorist **Tambo & Tambo**, fabelhafter Jongleurakt u. Tambourines **A. Peters**, Todespiel im Kronleuchter.  
 1417 Eintritt 30 Pf.  
 Heute Donnerstag sowie morgen Freitag ab 8 Uhr:  
**Abendvorstellung mit Ball**  
 2 Kapellen. Eintritt einschl. Ball 50 Pf.

**Bettfedern**  
 kaufen Vertrauenssache streng reell u. preiswert in der Böhmisches Bettfedern-Niederlage  
**Friedrich-Wilhelm-Str. 45<sup>1</sup>** (Kein Laden)  
**Planos**  
 neu und gebraucht, neu von Mk. 80.— an, gebraucht von Mk. 250.— an  
**Flügel**  
 Geigen 1415  
 Lauten  
 Mandolinen  
 Gitarren etc.  
 kleine Anzahlungen  
 kleine Monatsraten  
 bei Kasse hoher Rabatt  
**Planos in Miete**  
 Reparaturen Stimmen  
**Wiener & Futter**  
 Schmiedebrücke 48

**Heimnäherinnen**  
 für Umschlaghosen und Sporthosen welche beste Arbeit liefern, können sich mit Probearbeit und Ausweis melden  
**Aktionsgesellschaft für Webwaren u. Bekleidung**  
 Gartenstraße 7 7821

**Preiswerte Bücher-Angebote!**  
**Hearn, Lakadio, Werke**  
 in 6 Bänden nur Mk. **9.75**  
 Nur soweit Vorrat :: Tadellose Bemittenden :: Modernes Antiquariat  
**Storm, Theodor, Werke**  
 6 Bände, Ganzleinen Mk. **8.00**  
**Volkswachtbuchhandlungen Breslau**  
 Flurstraße 4 :: Neue Graupenstraße 5 :: Friedrich-Wilhelm-Straße 105  
**Wie bist Du, Weib?**  
 Von Dr. Bernhard A. Bauer. Mit einem besonderen Anhang: „Weib diebe jung und schön“ Hygiene der modernen Frau. 640 Seiten mit 83 Abbildungen auf 74 Tafeln. 19 Textbildern und 3 farbigen Tabellen. Ganzleinen-Prachthand (Gr. 24.—) **7.50**  
**Emile Zola: Germinal Der Zusammenbruch Das Werk, Nana** 285 in Ganzleinen nur Mk. **2.85**

**Bohnungen**  
**Leerzimmer**  
 für Ehepaar mit Kind gesucht, nicht über 25 J. monatlich. Offerten mit Preisangabe unt. **A. 943** an die Geschäftsstelle der Zeitung erbeten. 1230  
**Berufe**  
**Schlafzimmer**  
 echt elche, 180 cm, vollst. kompl. **NM. 785.00**  
**S. Brandt & Co.**  
 Gartenstraße 65, 1.  
**Berufs-Mäntel**  
 schwarz Salin, 3.65 11108  
 G. Friedländer, Sonnenstr. 30  
**Kleine Anzeigen**  
 sind komplett geleichte einpaltige Anzeigen von Verkauften Kaufgeboten u. a. nur von Privatpersonen Kost 8 Pfennige, fett 4 Pfennige  
 Moderne, sehr gr. Bettstelle, Spiral-Matratze zu verkaufen, 27 Mt., Reußstraße 6, 4. Et.

**Zwei machen es richtig einer macht es falsch**  
 Sagt dem Dritten, daß er in seiner Arbeitspause die „Volkswacht“ lesen soll

**Arbeitslosen**  
 Tag und Nacht durch Selbst-anfertigung konkurrenzlos von **4.50 bis 16 Mk.**  
**Burgstraße 7, Rywalski.**  
**Zu der „Wollswacht“ haben Stellen-Angebote**  
 infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolgs



Die Schließung der Betriebswerkstätten

vor dem Reichstag

In der Mittwoch-Sitzung des Reichstags kam der Breslauer Abgeordnete Seppel von der Sozialdemokratischen Partei auf die Schließung der Eisenbahnbetriebswerkstätten Breslau-Oberort zu sprechen und führte dabei folgendes aus:

Wir wollen einen Antrag annehmen, der die Reichsregierung ersucht, dahin zu wirken, daß das Reichsbahnbesserungswert Dortmund nicht geschlossen wird. In demselben Augenblick, da dieser Bericht vor uns liegt, hat die Reichsregierung eine Verfügung erlassen, wonach eine weitere Eisenbahnwerkstätte in Breslau geschlossen werden soll. Zwar hat man sich auch da bereit erklärt, eine Anzahl Arbeiter anderweitig unterzubringen, aber trotzdem sollen diese Arbeiter die Schließung zum Opfer fallen.

Diese Maßnahme steht im Widerspruch mit dem von der Regierung beschlossenen Hilfsprogramm für Ostdeutschland. In Ostdeutschland, besonders Südoberdeutschland, ist die Industrie am stärksten zurückgegangen, besonders in Breslau, wo seit den letzten Jahren die Industrie immer mehr abnimmt. Man hat sich zu Kongressen zusammengeschlossen, man vertritt die Werte nach Mittel- und Westdeutschland. Kürzlich hat man in Breslau gemeldet, daß der gesamte Lokomotivpark der Lände-Hoffmann-Werke andersorts ausgestellt werden sollen. Ferner haben die Neumittele-Werke, die Karrenfabriken von Halpaus und Gastein geschlossen. Das Europa-Institut in Breslau ist gefährdet. Breslau befindet sich in einer derart schwierigen finanziellen Lage, daß beabsichtigt ist, die Breslauer Oper zu schließen. Auch im übrigen Osten beabsichtigt man, Seminare zu schließen, ebenso soll

die Genbarmerie-Schule in Woslaw verlegt werden. Breslau ist eine derartigen Großstädte, die die höchste Zahl von Erwerbslosen haben. Es müßte daher Pflicht der Reichs- und Staatsbehörden sein, für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft im Osten zu sorgen. Das kann nur dadurch geschehen, daß man mehr als bisher Staatsaufträge nach dem Osten erteilt.

Man darf sich nicht nur von privatwirtschaftlichen und fiskalischen Gründen leiten lassen, sollte vielmehr die volkswirtschaftlichen Erwägungen für den Osten in den Vordergrund stellen.

Die Maßnahme der Reichsbahn ist uns um so unverständlicher, als die Schließung erfolgen soll, weil eine Rentabilität nicht mehr vorhanden sei. Auf der einen Seite aber hat man die Zahl der Arbeiter seit Kriegsende ununterbrochen herabgesetzt, dafür aber die Zahl der Aufsichtsbeamten ununterbrochen vermehrt.

Meine politischen Freunde haben hierzu einen Antrag eingebracht, von dem wir bitten, daß er noch nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt und an den 15. Ausschuß, den Verkehrsausschuß, zur Beratung überwiesen wird. Dieser Antrag ergeht an die Reichsregierung, auf die Deutsche Reichsbahngesellschaft dahin einzuwirken, daß die beabsichtigte Schließung der Eisenbahnbetriebswerkstätten in Breslau unterbleibe. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Der Antrag wurde vom Reichstag dem Verkehrsausschuß überwiesen, nachdem noch Genosse Schefel darauf hingewiesen hatte, daß die Reichsbahn zunächst einmal durch Abschaffung der Leistungszulagen für antreibende Beamte und durch Kürzung der Direktorengehälter Ersparnisse machen könnte, ehe sie Arbeiter auf die Straße wirft.

dann das eigentliche Können. Es gibt Menschen, die zeitig fertig sind und andere, deren Begabung jahrelang schlummert.

Gerade die Kennzeichnung des Willenslebens wird für das Leben wichtig bleiben müssen, ob der einzelne ein Helfer oder Führer, ob er lieblos, ungeliebt, schwach, schnell beherrschbar ist. Sind Knaben und Mädchen in einer Klasse, wird das Gegenüber besonders schmerzhaft sein.

Der Viehhaber der seelischen Beobachtungen kommt dann aus der Freude überhaupt nicht mehr heraus. Nur sollen die einzelnen Beobachtungen nicht den Lehrenden verführen, daß Große und Ganze zu vergessen. Der ganze junge Mensch, die Gesamtheit der Einzelerfahrungen bleiben allein wesentlich. Ist trotz der Jugend durch allzu schnelles Zensurgeben und Zeugnisabgeben bitter Unrecht getan, weil die Fesseln und Wertungen nicht vom Kinde heraus gegeben, weil sie nicht in ihre Umgebung gestellt wurden. Gerade diese Umgebung ist nun ausschlaggebender Entscheidung. Maudsills, tüchtiges Kind kommt Tag für Tag seelenbedrückt in die Schule, weil das Schicksal der Familie, des Elternhauses, seine Seele und seine Arbeit Stunde für Stunde belastet. Gerade dieser Umkreis um das Kind wird sorgsam beobachtet werden müssen, denn Gerichtigkeit ist und bleibt erste Forderung für den Lehrenden und für das ganze Leben. Gerade auch die Eltern müssen Liebhaber der seelischen Beobachtung werden, aus Liebe zu den Kindern sein. Im Hinblick und Rückblick auf Überzeiten brauchen wir eine Erziehung der Erziehenden. Wilhelm Schremer.

Zwei kleine Kinder erstickt

Gestern früh fand die Ehefrau des Stellmachers H. aus der Schwelger Straße frühmorgens ihr zwei Monate altes Söhnchen tot im Bett liegend. Das Kind lag mit dem Gesicht auf dem Federbett und war erstickt. Die Mutter hatte ihren Kleinen nachts gegen 2 Uhr auf den Armen gehabt und neu eingebettet. Anscheinend muß das zweimonatige Kind sich doch ein wenig zu drehen vermocht haben und ist dann auf das Gesicht zu liegen gekommen, ohne sich noch helfen oder bemerkbar machen zu können. — Durch Erstickten kam gestern vormittag auch das 6 Wochen alte Töchterchen eines Hausdieners aus der Poststraße ums Leben. Als das Kind mittags zu trinken bekommen sollte, bemerkte die Mutter erst, daß es Schaum vor dem Munde stehen hatte. Das Kind hatte einen Teil der Nahrung vom Morgen erbrochen und war daran erstickt. — Beide Leichen wurden in die Anatomie geschafft.

Schauenstereinebruch

In der Nacht zu Mittwoch haben unbekannt Täter das Schauenster eines Goldwarengeschäfts in der Hohenzollernstraße eingeschlagen und durch das weitausgehende Eisenstück hindurch Uhren, Armbanduhren und goldene Ringe für Damen und Herren, sowie Manschettenknöpfe im Gesamtwerte von 500 Mark gestohlen.

Zensur und Zeugnis

Erste Gedanken einer Schulreform zur Osterzeit

Ostern naht, und von neuem wird Zeugnis und Zensur bedenklich. Hiervon hängt oft das Schicksal des zu lassenden Schülers ab; auch der Schicksalsweg des Schülers, in der Schule verbleiben will, ist damit eng verknüpft. Es ist nahe, daß die Schulen mitunter in gutem Willen und zu schnellfertig solche Schicksalsblätter ausstellen müssen, fern festsetzen, die sich verhängnisvoll auswirken. In unserer Zeit gilt das mehr als je, weil der Andrang zu den Berufen damals stärker geworden ist. Jeder Erzieher wird deswegen anders zu bedenken haben, ob Zensur und Ziffer den Schüler nicht so kennzeichnen, wie er es verantworten muß. Die Verantwortung ist nicht leicht. Eine Ziffer ist doch immer nur so richtig, als sie die Seelenkraft kennzeichnet. Aus der Ziffer des Schülers das im Leben zunächst schaffen, was die Ziffer sagt.

Zunächst sind Ziffer und Zeugnis nur Maßstäbe für erworbene Kenntnisse!

Die Staatsverwaltung und auch andere Verwaltungen brauchen die Bescheinigungen, da die Kenntnis zuerst einmal die Voraussetzung für das Tun gibt. Wer von der Elektrizität nichts versteht, kann auch kein Werk leisten, das auf diese Kraft aufgebaut ist. Staat und andere Verwaltungen werden so gewisse Maßstäbe besitzend müssen, um das Leben der ihnen anbefohlenen Träger an vielen Punkten sicherzustellen.

Und doch muß der Lehrende mit Ziffer und Zensur noch tiefer hineingreifen in die Seele. Er wird die Persönlichkeit kennen und vor allen Dingen die Willenskraft möglichst ablesen. Schon dieser kleine Hinweis genügt, um die Schwierigkeit jeder Zensurgebung von vornherein zu beleuchten. Die Feinerfassung des Schülers ist außerordentlich schwer, weil die Kenntnisse der Seele eben mit Ziffern nicht abgemessen werden können. Ziffer und Zensur haben schon vielen Schülern den Tod gegeben. Das wird sich in den nächsten Jahren noch kräftiger zeigen, da das Fieber der Berechtigung manch tüchtige Kraft, die eine Berechtigungsgewissheit nicht aufweisen kann, von vornherein im Wettbewerbe des Lebens ausschließt. Doch das ist eine andere Angelegenheit. Der Lehrer wird also zu jeder Stunde wegen der unendlichen Verantwortung, die eigentlich auf ihm liegt, die Seele befehlen müssen und dem Schüler mit Zensur und Zeugnis einen Wegweiser hinaus geben, der ihn zu tiefer Arbeit und zur Selbstbeurteilung hinführt. Mit der Zeit, die jedem Schüler von der Natur gegeben ist, soll er nun tiefer arbeiten, soll er getrost den Lebensweg beschreiten. Ziffer und Zensur sind also auch ein gewisser Richtstab für den Schüler, wenn die Einschätzung in sein eigenes Ich.

Es liegt deswegen nahe, daß sich jeder Lehrende, jeder Lehrende, auch die Eltern, eine Seelentunde selbst erarbeiten müssen. Dieses Erarbeiten stellt an alle hohe Anforderungen, da alltag weht eine Fülle von Beobachtungen jedes einzelnen Schülers bereit liegen und sie nun zur rechten Ordnung und zum rechten Persönlichkeitsbilde zusammengefügt werden müssen. Die Natur ist ein Niedererlag aller der Beobachtungen die Jahre durch; sie kann also von einem rechten Erzieher nicht leichtfertig, denn nur nach enger Wägung gegeben werden. Die Jugend hat noch kein klares Charakterbild. Die Ziffer kann oft die ersten und für das Leben wichtigen Seelenaussagen nicht zu erfassen, sondern kann nur allgemein die Kraft abmessen.

Hier kommen wir zu der Stelle, wo besonders der Lehrende sich fragen muß, ob denn die übliche Zensurgebung nicht vollständig veraltet ist.

wird in den kommenden Jahrzehnten vielleicht am Platze sein, neben üblichen Ziffern oder statt ihrer ein Charakterbild zu geben, das einmal dem Schüler einen Einblick in seine Seelenkraft gewährt und zu gleicher Zeit für die Allgemeinheit ein Aufschluß gibt. Bei diesem Charakterbilde ist die gesamte Seelenarbeit, jede Seelenaussage mit einzusehen. Der Lehrer darf nicht vergessen dürfen, daß die Zensur oft in Ordnung zu geben ist, da viele Kräfte gegeneinander stehen. Die psychologische muß er vollständig beherrschen, damit er nicht im Zug, der nur zufällig in die Zeiten geraten ist, als einen Charakterzug hineinzeichnet und so das ganze Charakterbild verunreinigt. Der Vergleich mit den gleichaltrigen Schülern wird die Kräfte abwägen lernen. Nicht oft genug ist vor der schnellen Beurteilung zu warnen. Das schnellfertige Wort hat schon manches Kind ins Unglück gestürzt. Es gibt natürlich auch Erzieher, die selbst nicht genau kennen, die aus Vergessenheit heraus reden. Die Jugend hungert nach Persönlichkeit und nach Vertrauen. Ein rechter Lehrer wird die Arbeit in der Gemeinschaft immer wieder sorgfältig betrachten müssen und alle die Seelenaussagen hervorheben, die das einzelne Kind bestimmen. Es ist oft gesagt worden, daß man mit einem solchen allgemeinen Charakterbilde vielleicht die Kinder trefflicher zeichnen könnte, was allerdings vergessen wird, daß solche allgemeine Worte auch allerlei Stolz geben. Mit Worten läßt sich alles besreiben, aber auch die Worte werden Gewohnheit und bestimmen den Geist in keiner Weise richtig. In dieser Beziehung ist der Beobachtungsbogen der Schüler dem Lehrer die Jahre über wertvolle Hilfe geben können. Er zwingt den Lehrer zur Genauigkeit, ob etwa die Aufmerksamkeit des Schülers zerstreut,

leicht ermittelbar, langsam oder schnell in der Aufnahme des Neuen, im Denken, im Verhalten... in der gleichgültigen Arbeitsweise und Ausdrucksart ist. Nur wichtige Züge sollen gekennzeichnet werden, die das Aufheben lohnen. Der Lehrer soll niemals ein Schreiberbehalter werden. Aber er soll auch wieder das genau festhalten, was sonst in den Monaten und Jahren verloren geht. Dabei ist mitunter ein wichtiger Seelenzug verloren. Der Einfluß der Entwicklungsjahre wird besonders zu verfolgen sein, wenn manch lebhaftes, tüchtiges Kind plötzlich still, verstoßen, von körperlichen Umwälzungen gehemmt wird. Gerade die Hemmungen sind besonders zu bedenken. Da gibt jede Lehrstunde oft die wichtigsten Aufschlüsse. Es sind zum Beispiel die schnell fertigen nicht die tüchtigen Schüler, und in der Stille wohnt oft die Tiefe. Die Lebendigkeit beweist erst

Briefe an die Volkswacht

Deutliche Offenherzigkeit

Die heutige Arbeitslosigkeit hat gewiß ihre Ursachen in dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begründet. Wenn man aber ein wenig näher hinsieht, so findet man, daß über die durch die Wirtschaftskrise bedingte Arbeitslosigkeit hinaus manches zur Verschärfung der gegenwärtigen Situation beigetragen wird. Einen kleinen Beweis dafür gab erst kürzlich wieder der Fabrikinspektor Ulrich von der Zuderfabrik in Kleitendorf. Als dieser Wochen die Kampagnenarbeiter früher als sonst entlassen wurden und sie sich nach dem Grund dieser frühzeitigen Entlassung erkundigten, wußte dieser Herr nichts Besseres zu antworten als mit folgenden Schnoddrigkeiten: „Ja, solange eben die schwarz-rot-goldene Fahne weht und das Reichsbanner auf dem Schlossplatz Parade macht, wird es hier nicht anders gemacht.“ In recht sinniger und hohovoller Weise bekommen dann noch die entlassenen Arbeiter zu hören, daß sie bei der nächsten Kampagne auf ihre Einstellung vor dem Tore draußen warten können. Solche und ähnliche Redensarten sind nicht gerade geeignet, die an und für sich schon große Wertschätzung zu beheben. Von einem in ordentlichen Lebensverhältnissen befindlichen Inspektor wäre jedenfalls mehr soziales Verständnis zu erwarten.

Sonderbare Verkaufsmethoden der Fleischbank

Am Montag holte ich mir, wie so oft schon, Fleisch an der hiesigen Fleischbank des städtischen Schlachthofes. Es gab aber nur zu 2 Pfund Rindfleisch das Pfund zu 30 Pf. und dazu mußte man ein Pfund gekochtes Schweinefleisch für 60 Pf. nehmen. Als ich aber nur das rohe Fleisch haben wollte wurde mir mitgeteilt, daß es rohes Fleisch allein nicht gäbe. Warum kann man sich nicht das Fleisch allein zubereiten? Soll man etwa nicht leben, in welchem Zustande das Fleisch war, bevor das Fleisch gekocht wurde? Ein ständiger Kunde.

Zurücklegung weltlicher Schulen durch die Schulverwaltung

Eine katholische Schule von der Trinitasstraße hat den Wunsch nach dem Schulhaus Siebenhüfener Straße überzuleben. Der katholische Schultat glaubt diesen Wunsch erfüllen zu müssen und zwar auf Kosten der weltlichen Schule. Diese soll also ihre bisherigen Räume aufgeben und nach der Trinitasstraße überziehen. Daß dadurch die Kinder, die teilweise schon einen Schulweg von einer halben Stunde haben, jetzt bis zu dreiviertel Stunden weit zur Schule laufen müssen, scheint den Schultat wenig zu kümmern. Dem Schultat sollte auch bekannt sein, daß die weltliche Schule an der Siebenhüfener Straße Klassen im Schulhaus Nordstraße hat, und daß die Lehrer gezwungen sind, in beiden Schulgrundstücken Unterricht zu erteilen. Das läßt sich nur ermöglichen, wenn die Schule nicht verlegt wird.

Wir wünschen von dem Herrn Schultat Dr. Thierse baldige Auskunft, aus welchen Gründen er die Verlegung der Sammelschule vornehmen will. Glaubt der Herr Schultat, daß für Sammelschulkinder gesunde Schulkäume Luxus sind? Wir wünschen eine baldige Antwort.

Mehrere Eltern der weltlichen Schule.

Eine immer wiederkehrende Klage

Seit sieben Jahren aus der Kirche ausgestoßen, versucht man dieses Jahr wieder einmal Kirchensteuern aus mir herauszuholen. Schon im Dezember vorigen Jahres kam ein Steuerbescheid über 8 Mark. Dieser Bescheid wurde von mir ignoriert. Darauf einige Wochen Ruhe. Nun erhielt ich die erste Mahnung, welche in etwas kräftigem Stile beantwortet wurde. Prompt lief nach einiger Zeit die zweite und dritte Mahnung ein mit Pfändungsandrohung und dem üblichen Salm. Ich habe die letzten Mahnungen, ebenfalls wie der Bescheid, nicht beantwortet und bin neugierig, ob der Gerichtsvollzieher in Aktion treten

wird. Gibt es denn außer dem Einspruch keinen anderen gesetzlichen Schutz, um diese andauernde Mahrerei zu verhindern? Haben die zuständigen Stellen denn nichts anderes zu tun, als Kosten für eine erfolglose Sache zu verursachen? Oder sind die Richter so in Unordnung, daß ein im Jahre 1923 vollzogener Austritt noch nicht registriert ist? Wenn nicht, so ist alles nur Bluff, den man am besten beantwortet, wenn man recht eifrig für den Kirchenaustritt propagiert. R. W.

Brief aus Rosenthal

Im April 1928 ist der damalige Rektor Schiermer wegen Veruntreuung aus dem Dienst entfernt worden. Das Gehalt aber bekommt dieser Herr noch heute. Alle Anfragen, die von verschiedener Seite gemacht wurden, bleiben erfolglos. Warum wird hier nicht gespart? Ein Mann, der in der evangelischen Schule keinen Raum mehr findet, außerdem eine vierzimmerwohnung besitzt und noch sonstige Vergünstigungen genießt, müßte schon längst entfernt worden sein. Es ist die höchste Zeit, daß hier die Behörden einmal nach dem rechten sehen.

In diesem Jahre finden die Elternratswahlen statt, die Mängel in der evangelischen Schule sind bekannt. Hier muß ein neuer Geist hineingebracht werden. Sollte das nicht der Fall sein, so schickt eure Kinder in die weltliche Schule, dort ist der rechte Platz. S. M.

Die Opernhilfe

Vielfache Anfragen wegen des Vereins Operhilfe sei dieser Brief der Leitung der Opernhilfe als Antwort gegeben.

Die Opernhilfe ist nunmehr in das Vereinsregister eingetragen und hat eine lebhaftere Tätigkeit begonnen. Zahlreiche Anmeldestellen zur Mitgliedschaft sind in der Geschäftsstelle der Philharmonie, in den Banken und vielen Geschäften über die ganze Stadt verbreitet, eindrucksvolle Plakate sind dabeist und an den Anschlagtafeln angebracht. Eine lebhaftere Propaganda hat auch in der Umgegend Breslaus eingesetzt. Wenn der Verein bisher nicht so stark an die Öffentlichkeit getreten ist, so hatte das seinen Grund darin, daß bisher nicht bestimmt gesagt werden konnte, welche Vergünstigungen den Mitgliedern gewährt werden würden. Nunmehr steht fest, daß in der nächsten Spielzeit jedes Mitglied an der Tageskasse auf jeden Platz eine Ermäßigung von 15 bis 20 Prozent erlangen kann, wenn es eine entsprechende Zahl von Gutscheinen im Voraus erwirbt. Außerdem wird auch eine Vergünstigung im Vorabend gewährt werden. Während dieser Spielzeit der Oper, in den Monaten und Juni — wohl gemerkt erst vom 1. Mai an — wird gegen Abkempfung der Mitgliedskarte 20 Prozent Ermäßigung auf eine Eintrittskarte zu einer beliebigen Vorstellung soweit Platz vorhanden ist, gewährt.

Die Mitgliederzahl des Vereins ist in erfreulichem Wachstum begriffen. Viele stehen aber noch abseits, weil sie sich die Größe der Gefahr nicht klar machen und nicht wissen, daß wir mit unserer Oper auch unser schönes Orchester und die Konzerte verlieren würden. Wir hören oft die Frage, ob wir denn glauben, mit unseren 2-Mark-Beiträgen ein so kostspieliges Unternehmen halten zu können. Das bilden wir uns natürlich nicht ein. Wir haben den Verein ins Leben gerufen, um die gesunkene Teilnahme für die Oper zu heben und ihr einen Besucherkamm zuzuführen, auf den sie rechnen kann. Daneben denken wir allerdings, allmählich, wenn auch in bescheidenem Maße, die Oper finanziell unterstützen zu können. Dies wird wesentlich von der Höhe der Beiträge abhängen, die wir bekommen. Abzüglich haben wir diese niedrig bemessen, damit auch die weniger Bemittelten zu uns kommen, und haben damit einen überraschenden Erfolg gehabt. Aber auch Bemittelte haben vielfach sich auf den 2-Mark-Beitrag beschränkt, während wir erwarten zu können glaubten, daß sie sich nicht an diese Mindestforderung halten würden. Wir sind sicher, daß es nur dieses Hinweises bedürfen wird, um den Irrtum aufzuklären, als sei mit dem Beitrag von 2 Mark der finanziellen Hilfe eine Grenze gesetzt.



Gefährliches Kinderpiel

Wir berichteten in der vorigen Nummer von einem tragischen Ausgang eines Kinderpiels, wobei dem 8-jährigen Töchterchen des Schlossers Schöckle von einem 5-jährigen Knaben Schminkepfennig mit einem Wurfpfeil das Auge ausgehauen wurde.

Anfall durch Gasvergiftung

In der Nacht zu Mittwoch wurde die Damenschneidmeisterin E. G. tot in der Küche ihrer Wohnung in der Krullstraße aufgefunden. Die 19-jährige Tochter war durch den Gasgeruch erwacht und fand beim Nachsehen die Mutter tot auf dem Fußboden der Küche liegend.

Messerstecherei in der Klosterstraße

Vor einem Lokal in der Klosterstraße kam es gestern abend zwischen einer Anzahl jüngerer Männer zu einer Auseinandersetzung, die schließlich zu einer Keilerei ausartete, wobei dann auch Taschenmesser in Aktion traten.

Das Motorboot des Arbeiter-Sportkartells beschlagnahmt

In der Nacht vom 1. zum 2. April wurde vom Motorboot des Arbeiter-Sportkartells, das vor dem Bootshaus am Weidenbamm lagerte, eine Bootspilane entwendet. Die entwendete Pflanz ist aus Segelleinen gefertigt und ziemlich verwittert.

Durch eine Bretterladung schwer verletzt

Durch grobe Unvorsichtigkeit eines Handwagenführers wurde gestern früh vor der Sandbrücke die Frau Grochlich aus der Hofstraße erheblich verletzt. Dicht am Bürgersteig fuhr der mit Brettern beladene Wagen, die drei Meter über die Ladefläche hinausragten.

Selbliches Leitungswasser

ist harmlos und hygienisch einwandfrei

Wie bereits im Dezember v. J. bekanntgegeben, sind die Städtischen Wasserwerke genötigt, ihre seit dem Jahre 1904 im Betriebe befindlichen Saug- und Heberleitungen von dem Laufe der Jahre in den Röhren abgelagerten Eilenschlamm reinigten zu lassen.

Das Dokument von Shanghai

Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend wird im Gewerkschaftshaus der Film „Das Dokument von Shanghai“ für den Osten von Deutschland vom Arbeiter-Sportkartell vorgeführt.

Warum ist die Vorführung im Arbeiterheim?

Diese einfache Frage findet auch eine ganz einfache Beantwortung. Die Breslauer Theater haben die Vorführung abgelehnt. Als Begründung wird angeführt, daß das Publikum angeblich solche Filme, die auf Tatsachen aufgebaut sind, nicht gern sieht.

Der Charakter des Filmes

Dieser Film ist nicht zur Klärung eines außergewöhnlichen Tendes hergestellt worden, er ist kein Kriminalroman, sondern ein Film, der als Zeitdokument der Welt von der Straßenszene eines Erdbebens berichtet will.

Die Menge des vom Grundwasser zugeleiteten Oberwassers beträgt nicht mehr als 25 v. H. des täglichen Gesamtwasserbedarfs von rund 60 000 Kubikmetern.

Bestrafungen wegen Steuerzweckverhandlungen

Das Finanzamt Breslau-Nord teilt mit: Wegen Vergehens gegen die verschiedenen Steueretze, insbesondere wegen Steuerhinterziehung und Nichtachtung der Lohnsteuerbestimmungen, ist im ersten Vierteljahr 1929 gegen 88 Steuerpflichtige auf Geldstrafen von 6558 Mark rechtskräftig erkannt worden.

Wahm Erstaunlich? Deshalb zeigen die Gewerkschaftshaus-Lichtspiele heute, Freitag und Sonnabend, 5 und 8 Uhr den Russenfilm

Das Dokument von Shanghai im Programm: Der Schindertanne. Deutliche niedrige Preise + Jugend verboten

Rat und Auskunft für Erwerbslose erteilt in allen einschlägigen Angelegenheiten die Erwerbslosen-Kommission der SPD, Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10.

\* Arbeiter-Radio-Bund, Ortsgruppe Breslau, Unser nächster Bajettabend findet heute, 10. April, um 20 Uhr, im Zimmer 15 des Gewerkschaftshauses statt.

\* Breslauer Volkstheater. Zu der Aufführung der Matthäuspassion, die die Singakademie unter Leitung von Professor Dr. Dohrn am 15. d. M. im großen Kongresshaus veranstaltet, steht den Mitgliedern der Volkstheater in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, eine beschränkte Anzahl von Karten mit einer Ermäßigung von 25 Prozent zur Verfügung.

\* Die städtische Feuerversicherungs-Anstalt schreibt uns: Der für das Versicherungs-(Kalender)jahr 1929 nach § 11 der Anfallsordnung von den Versicherungsnehmern zu erhebende Feuerversicherungsbeitrag ist auf 89 v. H. des veranlagten Grundbeitrages festgelegt worden.

\* Kraftfahrpost zur Kynsburg und der Stobenturftalstraße. Am Sonntag, dem 13. April, verkehrt ab 7 Uhr von der Kraftpost-Haltestelle am Ring eine Kraftfahrpost durch das Zoblengebirge über Schweidnitz nach der Kynsburg.

Donnerstag, den 9. April, 20 Uhr, im Kanonenhof, Taschenstraße, 2. Kurjusabend für Geschworene und Schöffen. Interessierte Genossen können noch teilnehmen. Der Kurjus ist gebührenfrei.

fabrik vor unseren Augen, so sehen wir auch die chinesischen Mütter, die für 60 Pfennig zwei Stunden am Tage schwere Arbeit leisten neben ihrem an der Maschine liegenden Baby.

Der ferne Osten. Seit 1900 harht der europäische Kontinent auf das Gemittlergrosen im fernen Osten. Ein 400-Millionen-Volk erzittert in Aufständen, Revolutionen, inneren und äußeren Kriegen.

Sozialdemokratische Partei. Parteisekretariat. Gewerkschaftshaus, Zimmer 101-170. Telefon Nummern 2000-2001.

Abteilung 1 (Dorfstr. 31, 32, 33). Zu der morgen Freitag 20. April stattfindenden Abteilungssammlung bei Heber, Bohrerstraße, 10. 11. April, bei dem Abend der Arbeiterjugend, beim 3. in der Wendenstraße, beim 2. in der Wendenstraße, beim 2. in der Wendenstraße.

Jugendsozialisten. Für die Genossen der 4. Abteilung der Freien Turnerschaft findet heute am Freitag, den 11. April, um 10.30 Uhr in den Jugendsozialisten, Wilhelmstraße, 101, zur gleichen Zeit erscheinen alle Neuwahlstellen zur Wahlprobe.

Wochenplan der Sozialistischen Arbeiterjugend. Sonntag kommen die Helms geschlossen zur Kassenprüfung. 10 Uhr. 1. (Matthiaspassion), 2. (Fahrt nach Kynsburg), 3. (Fahrt nach Kynsburg), 4. (Fahrt nach Kynsburg).

Freiwerkschaftliches Jugendblatt. Wandkarte, Deule sprechen Kollegen Heber und Braun. „Jugendsozialisten“.

Bon den Arbeiterinnenfreunden. Am Donnerstag, den 10. April, 20 Uhr, findet eine erweiterte Betriebsversammlung sämtlicher Gruppen und aller Abteilungsleiter im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, statt.

Bereinskalender. Gewerkschaftsbund Schweiß-Handl., Sonntag, den 13. April, vorläufige Wahl in der Kassenprüfung der SPD und um 11 Uhr in der Kassenprüfung der Gewerkschaftsbund Schweiß-Handl. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

\* Bon der Feuerwehr. Gestern gegen 110 Uhr wurde die Feuerwehr von 2 Stellen aus nach Polnitzstraße 59 alarmiert. Wahrscheinlich durch Herausfallen von glühenden Kohlen aus dem Ofen war in einer im Erdgeschoss eines Siedlungshaus gelegenen Wohnung ein umfangreicher Stubebrand ausgebrochen.

Das Gesicht des Filmes. Der Film zeigt in einfachen, erschütternden Bildern die wirkliche Leben des chinesischen Volkes. Wie hoch das Leben der Menschheit bewertet wird, das von fremden Fabriken ausgebeutet wird, Chinesische Kinder verkümmern für einen Hungerlohn in Fabriken.

Die Filmveranstaltungen sind ausnahmsweise an drei Tagen, Donnerstag, Freitag und Sonnabend. Die Eintrittspreise sind äußerst niedrig gehalten, so daß nur die Unkosten gedeckt werden können. Die Filmveranstaltungen sind ausnahmsweise an drei Tagen, Donnerstag, Freitag und Sonnabend.



# Bergwertsteuung auf der Anflagebant

Grundstück zur Schlagwetterkatastrophe in Nieder-Hermisdorf - Für die Angehörigen der Verunglückten ist kein Platz im Gerichtslokal

Das grauenhafte Schlagwetterunglück im Betriebe der Schweißerschächte in Nieder-Hermisdorf am 29. Juli des vergangenen Jahres, bei dem 33 Bergleute den Tod fanden, beschäftigt jetzt das Waldenburger Schöffengericht. Der Prozeß begann Mittwoch früh unter Leitung des Landgerichtsdirektors Peltner; die Anklage wird von Staatsanwaltschaftsrat Schramm vertreten. Angeklagt sind der Bergwerksdirektor Benninghoff, Betriebsleiter Tike, Abteilungsleiter Seibt, Fahrleiter Kinner, Wettersteiger Gottwald, Obersteiger Kierade, Steiger Kleinwächter sowie die Aufseher Tritsch und Beer, die von den Rechtsanwälten Dr. Schwedler-Waldenburg und Born-Verlin verteidigt werden. Zwei bei dem Unglück verlorene Bergarbeiter, die dem furchtbaren Geschehnis ihrer Arbeitskollegen entgingen, haben sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen und werden von dem Rechtsanwalt Cohn-Waldenburg vertreten. Der Prozeß hat für den gesamten Bergbau Bedeutung, weil er eine grundsätzliche Entscheidung bringen wird.

## Umfang die Wetterführung in Grubenbezirken

haben muß, die besonders unter dem Aufkommen von Schlagwettern und Grubengasen leiden. Als Sachverständige werden Professor Heise von der Bergakademie Bochum, Bergassessor Benning von der Versuchsanstalt Hens und der Erste Bergrat Werne sowie Bergwerksdirektor Sasse-Waldenburg herangezogen. Um die beteiligten Nichtfachleute zu orientieren, wurde am Montag vor Beginn der Verhandlung eine Besichtigung der Unglücksgrube durch das Gericht vorgenommen. Fast alle Gruben des niederschlesischen Westens sind bekanntlich Schlagwettergefährdet, besonders Schlagwetterloch ist die Unglücksgrube. Es sind daher hier besonders scharfe bergpolizeiliche Vorschriften getroffen worden. Unmittelbar nach der Schlagwetterentzündung wurde durch die Wertbehörde und die Staatsanwaltschaft eine Besichtigung der Unglücksgrube vorgenommen, doch ließ sich damals nicht sofort ein klares Bild über die Ursache gewinnen. Durch die späteren Ermittlungen wurde dann festgestellt, daß

die unmittelbare Ursache in einer Benzinsicherheitslampe zu suchen sei, die vor dieser Verlichtung aufgehängt schadhast gewesen war und die Entzündung hervorgerufen hat. Die Lampe hing an einer Stelle, wo die Entgasung des Flözes zur Zeit des Unfalls besonders stark war. Von den Betriebsräten war die schlechte Beschaffenheit der Grubensicherheitslampen wiederholt montiert und in dem Betriebsrat-Jahresbuch eingetragen worden.

Bei der weiteren Prüfung, ob ein schuldhaftes Verhalten der aufsichtsführenden Grubenbeamten Anlaß zur Ansammlung von Schlagwettern größeren Umfangs war, stützt sich die Anklage auf das bergamtliche Gutachten, das die Frage, ob die Wetterführung ausreichend war, verneint. In der vom Unglück betroffenen 15. Abteilung der Schweißerschächte treten seit 1923 ständige Schlagwetter auf, was zum Verbot der Schichtarbeit geführt hat. Die normale Ansammlung von Schlagwettern konnte meist durch Zuführung frischer Wetter beseitigt werden. Würden die Ansammlungen stärker, so wurde eine Sonderbewetterung erforderlich, die in dem Unglücksfall angeordnet und bereits acht Wochen vor dem Unglück durchgeführt worden war.

## Am Unfalltage

sind in der Unglücksgrube kurz vor der Katastrophe 1 bis 1 1/2 Prozent Schlagwetter gemessen worden. Da diese Menge zur Entzündung nach Ansicht der Fachleute nicht ausgereicht hätte, muß unmittelbar nach dieser Messung eine außerordentlich starke Vermehrung der Schlagwetter eingetreten sein, die sich an der unüblichen Sicherheitslampe entzündet haben. Die Anklage stützt sich in erster Linie auf das Gutachten des Ersten Bergrats Werne-Waldenburg und geht davon aus, daß die aufsichtsführenden Grubenbeamten die Wetterverhältnisse

## nicht sorgfältig genug

überwacht hatten. Durch diese Zuwiderhandlungen gegen die bergpolizeilichen Bestimmungen sei der Tod der 33 Bergleute verursacht worden. Der Antrug zu dem Prozeß ist verständlicherweise außerordentlich groß. Daher sind, wogegen nichts zu sagen wäre, Eintrittsarten zum Betreten des Hörsaalraums ausgegeben worden. Ein Skandal aber ist es, daß den zahlreichen hohen Grubenbeamten des Westens die ersten Karten ausgeteilt wurden, so daß für die Angehörigen der verunglückten Knappen, die am Ausgang des Prozesses nicht weniger interessiert sind,

## kein Platz mehr vorhanden

ist. Das sachliche Interesse der leitenden Grubenbeamten in allen Ehren; es schadet ihnen wirklich nichts, wenn sie in diesem Prozeß darüber belehrt werden, daß die Profiteure des privatwirtschaftlich betriebenen Bergbaus ihre Grenze in dem Recht des Arbeiters auf Schutz von Leben und Gesundheit im Innern der modernen technischen Möglichkeiten finden. Aber die Angehörigen der Toten haben demgegenüber doch wohl das primäre Recht zu wissen, wer und was war an dem Tage ihrer Männer und Väter, Brüder oder Söhne schuld, und es wirft vorab ein bedeutsames Licht auf die Einstellung der Bergwertsteuung, wenn diese elementare Forderung des menschlichen Mitempfindens mit den Opfern dieses grauenhaften Unglücks derart mißachtet wird.

## Gegen höhere Provinzialsteuern und gegen das Arbeitsbeschaffungsprogramm?

Der Bezirks-Vollversammlung für den Bezirk Breslau hat in einer Bürgermeisterversammlung unter anderem eine Entschließung mit folgenden Worten gefaßt: Die in Warmbrunn verfallenen Vermögenswerte des Vermögensbesitzes Olegny nehmen ganz entschieden die Stellung, daß die Provinzialsteuern erhöht werden. Bei der dringenden finanziellen Notlage der Städte kann eine neue Belastung unter diesen Umständen getragen werden. Die Städte haben ihre Ausgaben auf das kaum erträgliche Maß herabgedrückt und erwarten von der Provinz nunmehr das Gleiche.

Die Bevölkerung, die ihre Steuern — also auch die Provinzialabgaben — direkt an die Kommunen zu zahlen hat, wehrt sich gegen jede neue Belastung und erwartet Sparmaßnahmen auch von den Kommunalverbänden. Wir bitten dringend, im Jahre 1930 den drückenden wirtschaftlichen Notlage durch Vermehrung einer Erhöhung der Provinzialabgaben Rechnung zu tragen.

## Ein Zusammenstoß mit Nazileuten

Zwei Reichsbannerkameraden schwer verletzt Nach Rückkehr von Verhaftungen, die die Nazi und das Reichsbanner in Mangschütz, Kreis Brieg, abgehalten hatten, kam es kurz vor der Stadt Brieg, bei der Brücke über den Unterkanal, zu einem schweren Zusammenstoß beider Parteien. Zwei Reichsbannerleute wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Hierzu meldet die Polizei noch folgendes: In der letzten Nacht, am Mittwoch, den 9. April, gegen 24.30 Uhr, hat auf der Schreibendorfer Straße hinter der Kanalbrücke hier zwischen Angehörigen des Reichsbanners und Mitgliedern der Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands eine Schlägerei stattgefunden. Beide Parteien hatten am Dienstag in den Abendstunden in dem Dorf Mangschütz, Kreis Brieg, je eine öffentliche politische Versammlung abgehalten und sind nach Schluß derselben auf dem Rückwege nach Brieg an der Kanalbrücke tödlich zusammengeknallt. Von beiden Seiten haben eine Anzahl Personen Verletzungen davongetragen. Ein Mitglied des Reichsbanners mußte wegen Kopfverletzungen in die hiesige Krankenanstalt eingeliefert werden. Diese Person wird heute schon wieder entlassen. Den übrigen leichter Verletzten wurden von Sanitätsmannschaften Notverbände angelegt. Ueber die Schuldfrage besteht noch keine Klarheit. Ein Ermittlungsverfahren ist eingeleitet.

## „Das religiöse Empfinden muß geschützt werden“

### Wann wird der Brodauer Friedhofstreit beendet werden?

Das Friedhofstreit ist eine eigene Sache in Preußen. Während im Westen der weltliche Friedhof der politischen Gemeinde als Erbe der französischen Revolution und ihrer im Rheinland immer noch nachwirkenden Rechte, in diesem Fall sogar Staatsgrundzüge der Regelfall ist, sind wir im Osten des Reiches vielfach mit kirchlichen Begräbnisstätten gesegnet, was eine Fülle, für juristische Doktorarbeiten interessanter, für das praktische Leben aber recht überflüssiger Streitfragen bezüglich der Unterhaltung und des auf diesen Friedhöfen geltenden öffentlichen Rechts mit sich bringt. Brodau ist hiervon zwar unbelastet; es hat seinen eigenen kommunalen Friedhof. Damit aber die Religion zu ihrem Recht kommt und die „Andersdenkenden“ nicht übermäßig werden, hat die politische Gemeinde Brodau einst in „großer Zeit“ eine Friedhofordnung beschlossen, die unter anderem folgendes § 6 enthielt:

Reben dürfen auf dem Friedhof bei Begräbnissen nur gehalten werden, von den Geistlichen einer deutschen evangelischen Landeskirche, von den Geistlichen der katholischen Kirche, von den Geistlichen der evangelisch-lutherischen und der altkatholischen Kirche, von Predigern anderer christlicher Religionsgemeinschaften, sofern nicht im Einzelfall der Vorsitzende des Friedhofsausschusses dies verweigert.

Natürlich waren auch Gesänge, musikalische Aufführungen und das Zeigen von Fahnen, die der hohen Geistlichkeit nicht gefielen, verboten. So hatte man aber in Brodau den kommunalen Friedhof in einen kirchlichen verwandelt. Als dann später, nachdem die herrlichen Zeiten, denen uns Wilhelm der Daon-geliebte entgegengesetzt hatte, verstrichen waren, und dieser Kaiser auf Antrag der Sozialdemokraten gestrichen werden sollte, erhoben sich die gut gefürten Bürger Brodaus wie ein Mann und lehnten ab. Darauf wurde der Vorbehalt von der Aufsichtsbehörde beanstanden und, da sich die Mehrheit der Gemeindeverwaltung dem nicht fügen wollte, ein Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet. Das war im Jahre 1924. Heute schreiben wir 1930 — aber der Brodauer Friedhofstreit ist immer noch keiner Lösung ausgeführt. Munter wandern die Akten, die Verfügungen, Beanstandungen, Einsprüche hin und her, nehmen die Streitverfahren ihren Fortgang, denn die Brodauer lassen sich von solchen neuzeitlichen Grundgesetzen nicht dumm machen, sie suchen immer noch nach einem Weg, doch wenigstens ein bisschen Kirchenreaktion in ihrem Friedhofstatut zu behalten. Das erste Streitverfahren endigte zu ihren Gunsten, weil das Oberverwaltungsrecht ins Vergangene bildend weisheitsvoll judizierte, daß zur Zeit des Erlasses doch dieser Paragraph dem damaligen Vereinsrecht entsprechen habe. Der Innenminister wies darauf hin — mittlerweile war es 1928 geworden — den Landrat erneut an, zu beanstanden, da das Vereinsrecht des alten Staates ja inzwischen durch die Weimarer Verfassung geändert worden war. Dies geschah. Und nun beschloß man gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, den beanstandeten Paragraphen zu „modernisieren“. Das sah so aus:

Wenn das Begräbnis durch einen evangelischen oder katholischen Geistlichen vorgenommen wird, dürfen Valenzen nur gehalten werden, wenn der betreffende Geistliche sein Einverständnis erklärt hat.

Gegen diese modernisierte Fassung, die in der Praxis einem sozialdemokratischen Funktionär, dessen Nase beim Nixus nicht gerne gelehrt ist, unter Umständen bei dem Begräbnis eines Sozialdemokraten am Reben gehindert werden kann (Beispiele für derartige Unzulänglichkeiten sowohl von evangelischen, als von katholischen Geistlichen gibt es genügend), protestierte die SPD-Fraktion der Gemeindevertretung. Hierauf gab es eine neue Verhandlung und einen erneuten Beschluß der kirchenfrommen Gemeindeväter, der nun lautet:

Während der Dauer der kirchlichen oder freireligiösen Bestattungsfeierlichkeiten dürfen Valenzen nur gehalten werden, wenn der evangelische oder katholische oder der freireligiöse Prediger seine Einwilligung gegeben hat.

Außerdem war mittlerweile auch ein besonderer Platz für Konfessionslose und Andersgläubige eingerichtet worden, für den aber diese Bestimmung auch galt, denn großzügigermode hatte man sie zu den Verbotsberechtigten auch die „freireligiösen Prediger“ hinzugenommen und damit Zeugnis von einer geradezu erstaunlich weltbezogenen Modernität abgelegt.

Die Sache hat aber doch einen Haken. Mit dieser Delegation von Unterhaltungsrechten, die nicht einmal für die Gemeinde zweifelhaft sind — soweit nicht eine polizeiliche Maßnahmen zur Wahrung bedrohter Sicherheit und Ordnung in Frage kommen — an Geistliche, konnte sich die Aufsichtsbehörde wiederum nicht zurüchken geben. Der Beschluß wurde wiederum beanstandet. Das war im Monatsmonat Mai des Jahres Ein-tausendneinhundertneundzwanzig nach Christi Geburt. Was letzter gegeben ist, fällt sich in das mysteriöse Dunkel vermalungsangeregter Auseinandersetzungen. Man scheint sich die Sache mit großer Bedacht anzunehmen, obwohl es doch wohl möglich an der Zeit wäre, daß diese allmählich kirchliche Angelegenheit beseitigt, und zwar im Sinne des demokratischen, weltlichen Staates beseitigt würde. Die Herren Geistlichen sollen in ihrer Berufstätigkeit nicht gehindert werden, ihnen oder auf kommunalen Boden Sonderrechte gegen Willkür einzuräumen, ist unerträglich und rechtlich unhaltbar, selbst wenn

## Die Kindervergiftungen in Glogau

Osterkonfekt wird beschlagnahmt Die Sektion der Leiche des verstorbenen neunjährigen Heinrich Junke in Glogau, hat, wie schon gemeldet, die Bemutung ergeben, daß der Tod durch Blausäure oder Arsen eingetreten ist. Wahrscheinlich ist das Gift in Konfekt oder Oster-eiern enthalten gewesen. Die Sektion des jüngeren Bruders Erik Junke findet auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Glogau heute statt. In Glogau sind große Posten von Osterkonfekt beschlagnahmt worden.

Bismilchwald bei Neurade. Im Walde verirrt. Der dreijährige Sohn eines Bergarbeiters war hier mit einem älteren Knaben in den Wald gegangen, um Rinde zu sammeln. Der Kleine ließ dabei unbemerkt von dem älteren Kameraden weg und konnte trotz eifriger Nachforschungen, die sich die ganze Nacht hindurch erstreckten, nicht gefunden werden. Erst am nächsten Abend hatten die unter Hinzuhilfe der Feuerwehr unter-nommenen Streifen Erfolg. Das Kind wurde im tiefen Wald bewußlos und halb erstarrt aufgefunden.

Kollersdorf. Ohne Führerschein in den Tod gefahren. Der zehnjährige Bismilchwald Kurt Joseph wollte sein steuerfreies D.M.-Motorrad gegen eine schwere Maschine eintauschen. Obwohl er keinen Führerschein besaß, fuhr er am Sonntag mit einem Sozius Probe. In einer scharfen Kurve verlor er in rasender Fahrt die Herrschaft über die Maschine, rasste gegen einen Steinhaufen und wurde mit dem Kopf gegen einen Baum geschleudert, daß er auf der Stelle tot liegen blieb. Der Mitfahrer konnte sich rechtzeitig durch Abspringen retten.

Kattberg. Und Gott hat es gelitten, Sonntag nach wurde in die Kanäle Räume des bekannten Zentrumsführers Prälaten Wiska eingebrochen, wobei zehn Einbrechern größere Geldbeträge in die Hände fielen.

Beuthen O.S. Ein Wildweststüd. Die Kassiererin des Wesselschäftes Sapper wurde, als sie die Tageseinnahme nach der Wohnung des Inhabers brachte, mit einer Kollie von zwei Männern mit vorgehaltenem Revolver überfallen. Der Kassiererin wurde die Aktentasche mit 1000 polnischen Zloty und etwa 1000 Reichsmark entziffen. Den Tätern gelang es, zu entkommen.

behauptet wird, das „religiöse Empfinden müsse geschützt werden“. Es gibt noch etwas, das über diesem religiösen Empfinden steht, welches ja übrigens niemand zu stören gedankt, das gleiche Recht, das Recht der Bestimmungsfreiheit und das Recht, so geborgen zu werden, wie es einem selbst und nicht wie es den Beauftragten einer Religionsgemeinschaft gefällt.

## Mit Frontheil!

Wie man beim Stahlhelm herausgelegt wird. Vor uns liegt folgendes verziertes (1) Schreiben des Stahlhelms in Brodau. Die fett gedruckten Stellen sind im Original mit Handschrift eingefügt.

Der Stahlhelm Brodau, den . . . . . 1930. Bund der Frontsoldaten Ortsgr. Brodau, Kr. Breslau. Herrn . . . . . Brodau.

Sie sind durch Gaubehehl vom Dezember 1929 aus dem Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, wegen Interessenlosigkeit ausgeschlossen worden und werden hiermit ersucht, Ihre Mitgliedskarte unverzüglich an unseren Kameraden Kassierer Wilhelm Pohl, Brodau, Breslauer Straße 4, abzugeben. Gleichzeitig teilen wir Ihnen mit, daß Sie mit Ihren Beiträgen seit 1928, also mit einem Betrage von 12,45 Mark, im Rückstande sind. Ihr Ausschluss enthebt Sie nicht der Verpflichtung zur Zahlung Ihrer rückständigen Beiträge bis zum Tage Ihres Ausschlusses und werden Sie daher aufgefordert, diese Beiträge innerhalb einer Frist von 4 Wochen, also bis zum . . . . . 1930 bei Kamerad Pohl zu zahlen, andernfalls zwangsweise Einziehung durch unseren Gaußführer, Rechtsanwalt Dr. Tritsch, erfolgen muß. Eventuell wollen Sie sich mit Kamerad Pohl wegen ratenweiser Zahlung in Verbindung setzen.

Frontheil (Stempel.) (Unterschrift.) (Unterschrift.) Kassierer. Ortsgruppenführer.

Steine. Dr. Korn hat seine Praxts mit dem heutigen Tage wieder aufgenommen.

Neumarkt. Warnung vor einem Schwindler. Der Landrat warnt im Kreisblatt vor einem Schwindler, der sich unter dem Namen Janak Hauptmann als ehemaliger Lehrer im Ausland vorzustellen und zu Vorträgen zu erlösten pflegt.

Neumarkt. Auf dem Spaziergang gestorben. Bei einem Spaziergange nach Frankenthal wurde der am Gymnasium tätige Herr Robert Binkler vom Herzschlag getroffen, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Marxow. In der Gemeindevertretung wurde am 7. April das Statut des Spritzenverbandes einstimmig genehmigt und die alte Friedhofskommission neu beauftragt. Sie setzt sich aus dem Gemeindevorsteher Genossen Grotzer, dem Genossen Sowart und den Bürgerlichen Baner, Bruchle und Gimmier zusammen. Die Beratung der Biersteuer wurde vertagt. In die Fürsorgekommission wurden die Gemeindevorsteher Simon, Baner, Bruchle und der Gemeindevorsteher gewählt.

**Sozialdemokratische Partei**  
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt  
Sekretariat: Margaretenstr. 67, Gartnhaus (Postbox) Zimmer 170-176  
Telephon 4900, 4901  
Geöffnet von 8-12 und 18-19 Uhr

Berrmannsdorf. Am Freitag, dem 11. April, 20 Uhr, im Lokal Gade Mitgliederversammlung. Redner: Gen. Klainer.

Waldau. Am Donnerstag, den 10. April, 17 1/2 Uhr, im Lokal Schalle, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Dr. Korn, Glogau.

Bischdorf. Donnerstag, den 10. April, 20 Uhr, bei Wittwer, öffentliche Versammlung. Redner: Parteisekretär Schiffer, Breslau.

Sacrau. Am Sonnabend, den 12. April, 20 Uhr, im Lokal Malwald, Mitglieder-Versammlung. Redner: Genosse Lubwig.

Wilsen. Am Sonnabend, den 12. April, 20 Uhr, im Lokal Rosa, Mitglieder-Versammlung. Redner: Genosse Frankel.

Waldau. Am Sonnabend, den 12. April, 20 Uhr, im Lokal Franke, Mitglieder-Versammlung. Redner: Genosse Tritsch.

Koberow. Am Sonnabend, den 12. April, 20 Uhr, im Lokal Stech, Mitglieder-Versammlung. Redner wird noch bekanntgegeben.



# Neue Breslauer Nachrichten

**Ein dreijähriger Knabe umgefahren.** Als am Dienstag mittag ein Motorradfahrer aus der Autogarage Hubenstraße 22 herausfahren wollte, rief er den dreijährigen Knaben Heinz Fuchs aus dem gleichen Hause um, der erhebliche Kopfverletzungen erlitt und von dem Vater in das St. Anna Krankenhaus gebracht wurde. Der Arzt stellte einen Schädelbruch fest.

**Stechen und vier.** Am Dienstag nachmittag wurden durch eine Polizeistreife eine Anzahl Personen in einem Lokal in der Friederichstraße angetroffen, die Schach und vier spielten. Die Polizei beschlagnahmte die Karten, 285 Mark Spielgelber und stellte die Personalle der kleinen Glücksjäger fest.

**Freiwillig ein Brestin.** In ihrer Wohnung Alexanderstraße hat sich die 80-jährige Rentnerin W. K. erschängt. Als gestern nachmittag die Tochter zu Besuch kam, verhängte sie sich in die Wohnung und fand die Mutter tot auf.

## Ämtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmartes

Hauptmarkt am 8. April 1930

Der Kuttelab betrug: 1270 Kälber, 1800 Kälber, 420 Schafe, 2916 Schweine. Ueberhand vom östlichen Markt waren: 4 Kälber, — Kälber, 12 Schafe, 3 Schweine.

| I. Kälber.  |            | 1274 Stück | Es wurden geschlachtet für 50 Kilogramm für Lebendgewicht |
|---|------------|------------|---|
| A. Ochsen:  |            |            |   |
| a) vollstellige, ausgewählte höchsten Schlachtweise | 1. Jüngere | 51-58      |   |
|   | 2. Ältere  | 43-45      |   |
| b) sonst vollstellige                               | 1. Jüngere | bis 32     |   |
|   | 2. Ältere  |            |   |
| c) fleischige                                       |            |            |   |
| d) gering genährte                                  |            |            |   |
| B. Bullen:  |            |            |   |
| a) jüngere, vollstellige, ausgewählte Schlachtweise |            | 71-79      |   |
| b) sonst vollstellige oder ausgewählte              |            | 43-47      |   |
| c) fleischige                                       |            | bis 40     |   |
| d) gering genährte                                  |            |            |   |
| C. Kühe:  |            |            |   |
| a) jüngere, vollstellige, ausgewählte Schlachtweise |            | 45-47      |   |
| b) sonst vollstellige oder ausgewählte              |            | 36-39      |   |
| c) fleischige                                       |            | 26-29      |   |
| d) gering genährte                                  |            | bis 22     |   |
| D. Ferkel (Kälbchen):                               |            |            |   |
| a) vollstellige, ausgewählte höchsten Schlachtweise |            | 51-53      |   |
| b) sonst vollstellige                               |            | 43-44      |   |
| c) fleischige                                       |            | bis 35     |   |
| E. Ferkel:  |            |            |   |
| a) höchst genährtes Jungvieh                        |            | 42-44      |   |

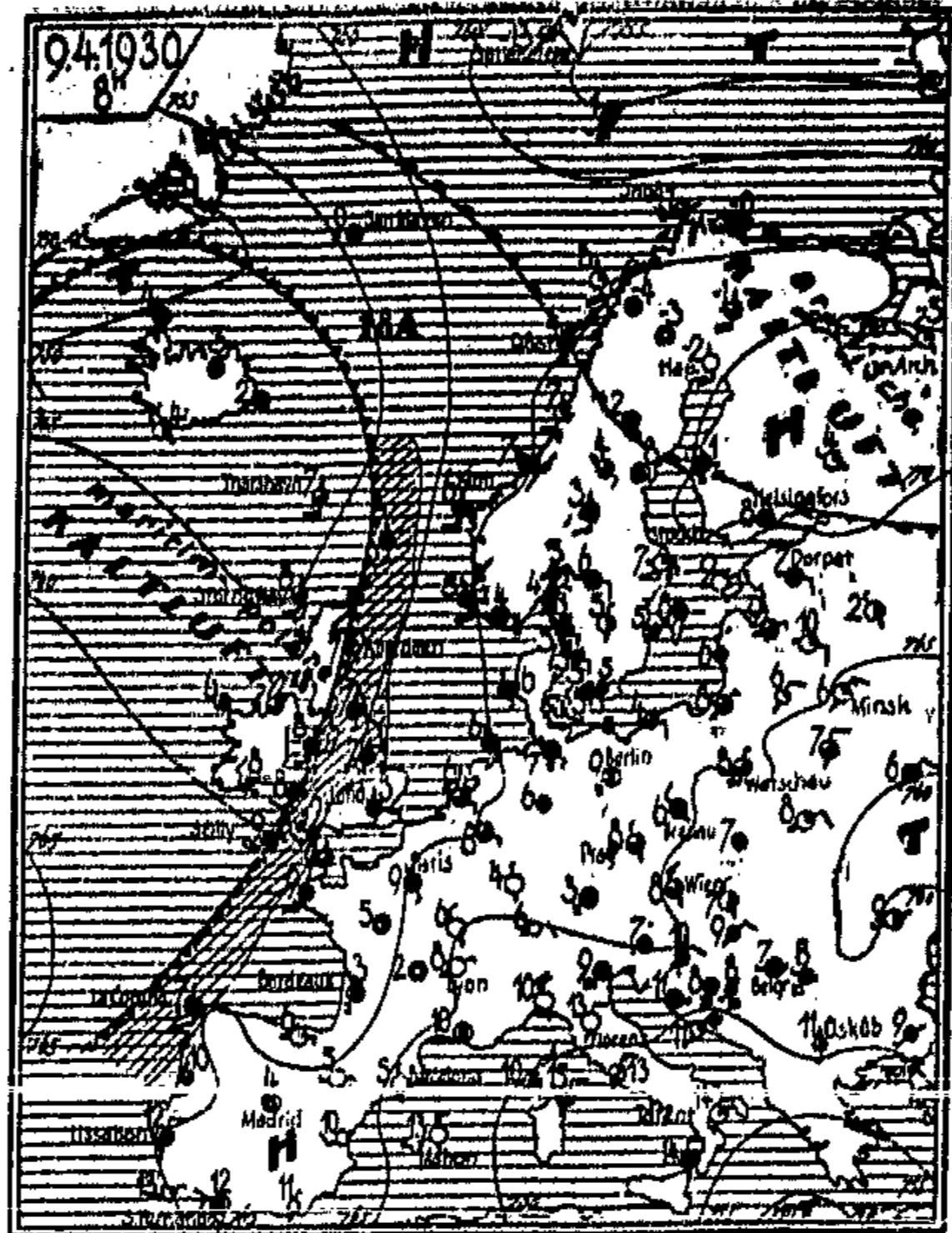
| II. Kälber.                    |  | 1809 Stück |
|--------------------------------|--|------------|
| a) Doppelter bester Maß        |  | 77-81      |
| b) Sehr Maß und Saugkälber     |  | 69-71      |
| c) Mittlere Maß und Saugkälber |  | 53-55      |
| d) Geringere Kälber            |  |            |

| III. Schafe.  |               | 411 Stück |
|---|---------------|-----------|
| a) Wollschmer und längere Wollschmer: 1. Weltmarkt                | 2. Stallmarkt | 62-65     |
| b) Mittlere Wollschmer, ältere Wollschmer und gut genährte Schafe |               | 52-55     |
| c) Fleischiges Schafvieh  |               | bis 41    |
| d) Geringgenährtes Schafvieh                                      |               |           |

| IV. Schweine.   |                               | 2916 Stück |
|---|-------------------------------|------------|
| a) Fleischschweine über 150 Kilo (3 Heutner) Lebendgewicht  |                               | 68-69      |
| b) vollstellige Schweine von ca. 240-300 Pfd. Lebendgewicht |                               | 65-69      |
| c) Fleischige   |                               | 67         |
| d) sonstige   |                               |            |
| e) Sauen  | unter 120 Pfund Lebendgewicht | 59-61      |

Die Preise sind Marktpreise für mehrere gemogene Tiere und höchsten heimliche Preise des Handels ab Stall für Fracht, Markt und Verkaufskosten, Umfrachte sowie den natürlichen Gewichtserlöse ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Geschäftsgang: Schafe langsam, sonst mittel.



## Ämtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieger

(Vandruck auch mit Quotenangabe verboten.)

Mit dem weiteren Vorbringen von Störungen, die von England her und vom Balkan nach Mitteleuropa nähern, wird sich in unserem Bezirk nach vorübergehender Bewölkungsabnahme erneut Eintrübung und späterhin auch Niederschlag einstellen.

**Wünschen für das südliche Flachland und die südlichen Mittelgebirge:**  
Westerwinde, meist bläulicher Wind wolkig, nur vereinzelt aufhellendes Wetter, kein oder nur geringer Niederschlag, tagsüber mild.

**Wünschen für das nördliche Hochgebirge:**  
Bei bläulichen Winden meist neblig-wolkig, trocken, kühler noch Frost.

Sonnenaufgang: 5,17 Uhr — Sonnenuntergang: 18,47 Uhr.

**Das Wetter im Gebirge:**  
Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über Temperatur (7 Uhr früh), Wetter, Windrichtung, Schneehöhe (Zentimeter), Neuschnee (Zentimeter), Schneefallhöhe, Sportmöglichkeit.

**Neue Schneehöhe Maude:** 0, Schnee: 10, 1-2, Wappstee, Stf und Kodel gut. **Reitbergerbaue:** -1, Schnee: 11, 10, 3-5, Pulverstee, Stf und Kodel gut. **Peterbaue:** 1, Schnee: 1, 4, 3-5, Pulverstee, Stf und Kodel gut.

| Wasserstand                |      | 9.4.10.4. |                    |
|----------------------------|------|-----------|--------------------|
| Kalbar                     | 2.12 | 2.01      | 3.00 2.58          |
| Reife (Stadt)              | 0.25 | 0.30      | 2.17 2.00          |
| Reifenbindung (Mit.-Pegel) | 1.00 | 2.18      | 1.42 1.33          |
| Brieg (Mastentran)         | 2.54 | 2.83      | 0.54               |
| Troschen                   | 1.37 | 1.42      | Wasserwärme + 8.8° |

# Arbeiter-Sport

**Arbeiter-Turn- und Sportbund, 14. Kreis, 1. Bezirk**  
Turnpartei. Am Sonnabend, 20., und Sonntag, 27. April findet in der Plebaner Turnhalle ein Kreislehrkurs für die Kinderturner statt. Der erste Bezirk umfasst 9 Teilnehmer. Breslauer kommen nicht in Frage. Der Kreis trägt die Kosten einschließlich 3 Mark Diäten. Meldungen sind bis spätestens 18. April an den Bezirksleiter-Turnwart Ernst Sönicker, Breslau 21, Herberstraße 10, IV, einzureichen.

**Freie Turnerschaft Breslau C. B.**  
Beitragstakt-Kampfsportturnen beginnt 18. April, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Werkblättern zum Kreisfest bei Bundesgenossen Gruppe. Jeden Mittwoch, 17 bis 20 Uhr: Übungsstunden im Stadion.  
1. Abteilung. Sämtliche Spieler der Alters-Sportler, Freitag um 20.30 Uhr auf der Halle.  
2. Männer-Abteilung. Sonntag, ab 9 Uhr: Faustballtraining sämtlicher Mannschaften auf den Brückengärten.  
3. Männer-Abteilung. Turnen für 11. April für Schüler und Männer auf den 12. April verschoben.

**Wassersport**  
Freie Rudervereinigung Breslau C. B. Sonntag, 18. April: Generalkonferenz des Bootclubs. — Jugendaufteilung: Deutscher Schwimmclub: Jugendversammlung. Neueingetretene müssen erscheinen.

**Handball**  
Berichtigung für Sonntag, den 13. April. Jugend-B-Klasse: 10 Uhr: Deutsch-Lissa — 5. Abteilung: Klein-Heidau; Berar Sportlerinnen-B-Klasse — 10 Uhr: Sibold — Oswig; Kleinsten: Sennelager.

**Gesellschaftsspiele für den 13. April. Männer-Spiele:** 9 Uhr: 8. Abteilung II — Silesta II; Stadion; Fröner. 10.15 Uhr: 8. Abteilung I — Silesta I; Stadion; Krennauer. 9.30 Uhr: 2. Abteilung II — 1897 II; Ostpart; Siffke. 10.45 Uhr: 2. Abteilung I — 1. Abteilung I; Ostpart; Siffke. 9 Uhr: Sibold gegen 1897 I; Kleinsten; Siffke. 11 Uhr: Deutsch-Lissa gegen Wratislawia I; Klein-Heidau; Barck.  
Jugend. 8.20 Uhr: 2. Abteilung I — Silesta-Aiders I; Ostpart; Sennelager.

**Wassersport**  
Sport-Club Eichenlaub 1910. Sonntag: Monatsversammlung bei Brigger, Bergmannstraße 12, vormittags 10 Uhr. Vorstandssitzung 9 Uhr.

**Touristenverein „Die Naturfreunde“**  
Naturfreunde-Jugend. Freitag, ab 17 Uhr, im Stadion Spielfeld II, zum Außenpost.

**Vorstandsfeier.** Freitag, 8.20 Uhr. Luftschule, Kirchstraße: Abrechnung der Turnfestprogramme am Sonntag, von 16 bis 17 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Südtentation.** Die Südtentation am Sonnabend, den 12. April, geöffnet. Südtentation: Bernert/Bothe.

**Geschäftliches**  
Deutsche Märchen und Tierfabrik. Tischelein bei die, Schneewittchen, Meinede Buch. Hans im Glück und andere Märchen, die die Jugend mit ihren noch unentwickelten Phantasie so überaus gern hat, machen die Buchverlage zu einem der beliebtesten Genres. In sechs wunderschönen Bildern im Text wird die Geschichte erzählt. Anspruch auf Erbschaft. Jeder beim Einkauf der in Deutschland am meisten gebräuchlichen Erbschaften und ebenso beim Kauf von Bucherwerbungs-Kauf, für das Sammeln der Bücher gibt es Prämien: Kugeln, Bücher, Wandharmonikas, Sporttaschen und vieles andere. Wanderspiel und Bücherliste gratis und franco durch Werner & Bergmann, Abteilung Serienbilder, Mainz.

# Können Sie raten wie billig wir sind?

## Preis ausschreiben

Ab Freitag, den 11. April 1930

finden Sie in einem unserer 6 Schaufenster, welches besonders kenntlich gemacht ist, 4 elegante Frühjahrs-Anzüge.

3 Anzüge davon sind mit Preisen versehen, während der 4-te mit einer Nummer versehen ist. Den Preis für den mit der Nummer kenntlich gemachten Anzug sollen Sie erraten.

Wir bitten um Ihre Mitarbeit. Besichtigen Sie unsere Schaufenster und vermerken Sie auf der Karte, welche Ihnen an unserer Kasse kostenlos verabreicht wird, wieviel der mit der Nummer versehene Anzug Ihrer Ansicht nach kosten kann. Die Karte ist alsdann ausgefüllt per Post, als Drucksache, an uns zurückzusenden, oder an unserer Kasse abzugeben.

Am 25. April stellen wir unter Aufsicht unseres Notars Dr. Walter Lux fest, wer den richtigen Preis des Anzuges erraten hat. Bei mehr als einer richtigen Lösung entscheidet alsdann das Los ebenfalls unter Aufsicht unseres Notars Dr. Walter Lux. Irgendwelche besondere Notizen dürfen auf der Karte nicht gemacht werden, da sie sonst ihre Gültigkeit verliert.

Bedingung ist, daß sich jede Dame und jeder Herr nur mit einer Stimme beteiligt; Personen unter 16 Jahren sind von der Beteiligung ausgeschlossen.

**Letzter Einsendungsstag der Lösungen: 23. April 1930.**

**Die Preise sind:**

|          |   |          |  |
|----------|---|----------|--|
| 1. Preis | 1 Herren-Mantel im Verkaufswerte v. 120.- | 4. Preis | 1 Damen-Kleid im Verkaufswerte v. 40.-         |
| 2. Preis | 1 Herren-Anzug im Verkaufswerte v. 100.-  | 5. Preis | 1 Herren-Hose im Verkaufswerte v. 20.-         |
| 3. Preis | 1 Damen-Mantel im Verkaufswerte v. 60.-   | Ferner   | 50 Trostpreise in Form v. Gutscheinen über 5.- |

Die Gutscheine werden beim Einkauf von 50.- RM. an in Zahlung genommen.

**Am Sonntag den 13. April sind unsere Geschäftsräume von 1,30 bis 6 Uhr geöffnet.**

# „DEBEGE“

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.  
BRESLAU  
Junkernstraße 38/40

**8 Monate Kredit. Ohne Anzahlung**

für unsere alten Geschäftsfreunde, Beamte, Festangestellte und Jedermann in gesicherter Wirtschaftslage.

**1. Rate Juni 1930.**



## Der Hamburger Menschenraubprozess

### Die Abenteuer des Dampfers „Falke“ — Eine seltsame Reise nach Venezuela Die Geschäfte des Rebellenführers Del Gado

Am Mittwoch morgen begann unter großem Andrang vor dem Hamburger Schwurgericht die Verhandlung gegen die beiden Haupttäter und Hauptbeteiligten des Mordes in Venezuela im August vorigen Jahres. Die Anklage lautet nach Paragraph 234 des St.G.B. auf Menschenraub — ein Verbrechen, das seit Jahrzehnten in Deutschland keinerlei praktische Bedeutung mehr besitzt und der nach dem neuen Strafgesetzbuch nicht mehr strafbar ist. Unter Anklage stehen der Reeder Brenzlau, der Kapitän der Reederei, Kramarzki, und der Kapitän des Dampfers „Falke“, Ernst Zippel.

Die Verhandlung war kaum eröffnet, als die Verteidigung, deren Hauptsprecher Rechtsanwalt Alsbach-Berlin auf einen energischen Vorstoß unternahm, um eine Verurteilung des Prozesses zu erreichen. Es kam zu einer lebhaften Auseinandersetzung mit der Staatsanwaltschaft. Die Verteidigung erhob den Vorwurf, daß für die Durcharbeitung der 30 Seiten umfassenden Anklageschrift nur eine dreiwöchige Frist gegeben sei, die als absolut unzureichend bezeichnet werden könne, da es sich bei dem Delikt des Menschenraubes um ein Verbrechen handelt, das nach überraschend kurzer Verurteilung durch das Gericht den Vertagungsantrag der Verteidigung ab.

Als erster Angeklagter wurde der Reeder Brenzlau vernommen. Er gab eine Darstellung seiner Geschäftsbeziehungen, die, daß er nach dem Kriege von Hamburg aus mit Chemikalien und Metallen gehandelt habe und seit 1927 von Paris aus mit Waffen. Waffenengeschäfte wähen von allen ersten Hamburger Firmen getätigt worden, weshalb er in ihnen nichts Auffälliges hätte erblicken können. In Paris lernte er auch den Rebellenführer Del Gado kennen, der bei dem Geschäft als Agent auftrat und während des Geschäftes gefallen ist. Del Gado habe ihm den Auftrag für 200 000 Dollar Waffen zu kaufen. Er erklärte ihm, erzählte Brenzlau, daß für mein Geschäft die Lieferung von Waffen durchaus in Frage komme, da ich überzeugt bin, daß das Waffengeschäft im Gegensatz zu anderen Meinungen ein durchaus legales und moralisches habe. Ich konnte dem Del Gado die Garantie geben, daß die Waffen auf einem mir zu charternden Schiff von einem europäischen Hafen geliefert werden können. Später einigten wir uns darauf, daß zuerst eine Waffenladung von 2000 Gewehren und 2 Millionen Munition geliefert.

Es wurde dann der am 4. Juli 1929 zwischen Brenzlau und Del Gado geschlossene Pariser Vertrag vorgelesen, der die Bedingungen, die die Reederei bei dem Geschäft einging, bestätigt. Brenzlau erklärte, daß Del Gado ihm gesagt hätte, drüber wäre es vorbereitet, um ein Geschäft erfolgreich durchzuführen. Auf den Fall würde er das Geschäft riskiert haben, wenn sein Geschäft irgendwelche Gefahren erleiden würde. Del Gado hätte ihm als Kommandant des Dampfers „Falke“ die Befehle mitgegeben, und Kapitän Zippel wäre auf dem Dampfer mit ihm unterstellt worden. Brenzlau's Interesse an dem Geschäft war nur ein finanzielles gewesen. Er hätte weder politische noch aktiv-irrigierende Absichten gehabt und niemals geglaubt, er sich irgendwelche Strafen machen könne. Bei einem weiteren Besichtigungsgang hätte er vertragsgemäß auch noch zwei Geschäfte, ein Kampfluggesetz, 20 Maschinengewehre und zahlreiche andere Kampfmittel nach Venezuela befördern sollen.

Der Angeklagte Brenzlau erklärte, daß er an einem schnellen Abschluß des Vertrages besonders deshalb interessiert gewesen sei, weil noch andere Reflektanten auf der Bildfläche erschienen, so u. a. eine Gesellschaft des bekannten Multi-millionärs Basil Zacharow. Brenzlau hätte für die Zwecke der Expedition den Dampfer „Falke“ für den Betrag von 95 000 Mark zu verkaufen müssen. Dann wurde Kapitän Zippel vernommen. Es sei ihm nicht ein Pfennig über die üblichen Verträge gezahlt worden, da es nicht schwer wäre, einen Kapitän für den Transport zu bekommen. Zippel hätte schließlich die Befehle angenommen. Der Dampfer fuhr von Hamburg nach Göttingen, wohin die nach Venezuela zu überführenden Waffen als aus Premsen und teils aus Warschau gekommen wären. Die Waffentransporte wären von Soldaten begleitet gewesen. Die Besatzung des Dampfers sei mit dem Auftrag engagiert worden, die Leute über die Waffen zu instruieren und unterwegs die Waffen zu transportieren. Von der Besatzung hätte nur der dritte Maschinist zur Witterfahrt weigert, da er sich nicht an einem Waffentransport beteiligen wollte; schon in Göttingen sei er durch einen anderen Maschinisten ersetzt worden. Brenzlau erzählt weiter, daß er am Tage vor der Abfahrt zusammen mit Del Gado und Kramarzki noch einmal zum Schiff gefahren wäre. An Bord habe ihm der Kapitän mitgeteilt, daß die Leute doppelte Feuer verlangten, weil das Schiff Waffen geladen hätte. Brenzlau habe seinerseits diese Forderung ab, aber Del Gado bewilligte die verlangte Feuer und außerdem noch eine Gratifikation. Im letzten Augenblicke habe Del Gado den Leuten erklärt: „Wir werden drüber mit Granaten, sondern mit offenen Armen empfangen.“ Sinntlich des Bestimmungshafens sei die Besatzung allerdings nicht ganz unterrichtet gewesen. Auch der Kapitän habe ihn erst auf hoher See erfahren.

Es werden nun vom Gericht verschiedene Fragen an Brenzlau gerichtet, die sich alle darauf konzentrieren, ob Brenzlau Schiff und Besatzung zur Teilnahme an der Revolution zur Verfügung stellen wollte. Brenzlau bestreitet das entschieden. Noch einmal fragt der Staatsanwalt, ob der Angeklagte nicht vielleicht den Dampfer „Falke“ deshalb erworben habe, um er schneller fahren könne als die Kriegsschiffe von Venezuela, die nur 13 Knoten in der Stunde machen können. Brenzlau antwortet, daß er gar nicht gewußt hätte, ob Venezuela überhaupt Kriegsschiffe habe, geschweige denn, wie schnell sie laufen würden.

### Diebereien bei der Reichsbahn

Große Unterschlagungen beim Gypftransportverkehr der Reichsbahn wurden in Brandenburg (Havel) aufgedeckt. Als Haupttäter wurde ein Bahnarbeiter festgestellt, der flüchtig wurde und sich nach den Angaben seiner Frau bei der Fremdenlegation in Berlin verborgen hat. Die Fäden der Affäre spannen sich auch nach Magdeburg und Brandenburg.

### Zu Tode gefoltert

Der in der holländischen Hafenstadt Varna lebende, magere Bäcker Zwano hat zusammen mit seiner Frau, einem 17-jährigen Sohn und einer 17-jährigen Tochter, die in einer Textilfabrik arbeitete, nach Arbeitschluss auch nur kurze Zeit verspätete, wurde es mit furchtbaren Prügelein empfangen. Die Polizei holte die Rabeneltern bereit über ihr Kind her, daß es bei den Schreien hin und her liefen und das Kind in den Weingarten entzogen. Während der darauffolgenden Nacht wurde man lautes Wimmern aus dem Bäckereihaus, doch niemand wollte eingehen, da alle die brutalen Prügel des magere Zwano's fürchteten. Grausen und Schrecken überfiel am nächsten Tage die Nachbarn, als sie Zwano einen Satz in den Hausflur sahen. Die Polizei wurde verständigt.

sie fand die nichischen Eltern schluchzend und bedend am Sarge der toten Tochter, um deren Leichnam herum zahlreiche Kerzen brannten, was nach alter Sitte als „Zeichen großen Schmerzes“ aufzufassen sein soll. Eine ärztliche Untersuchung ergab, daß das Mädchen während der Nacht in furchtbare Weise gefoltert worden war. Die Eltern wurden verhaftet und konnten nur mit Mühe vor der Verhaftung durch die empörten Nachbarn bewahrt werden.

### Betriebsunglück im Stahlwerk Hennigsdorf

Gestern nachmittag kippte im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf bei Berlin in der Formerei die Gießereifanne, die vom Kran aufgenommen wurde, um und das flüssige Eisen ergoß sich auf die in der Nähe befindlichen Arbeiter. Der 64 Jahre alte Arbeiter August Bredahn wurde tödlich von dem flüssigen Eisen überrollt und starb auf der Stelle. Der 25-jährige Kranführer Oskar König wurde gebildet und an der Brust schwer verbrannt. Mehrere andere Arbeiter wurden in schwerem Zustand nach Berlin in die Charité geschafft.

### Vom Vater erstickt

Der in den 60er Jahren stehende Hausbesitzer Kellhofer in Mitterfeld (Niederbarnen) hat gestern früh seinen 24-jährigen Sohn Alois erstickt. Als der Sohn das Schlafzimmer des Vaters betrat, drang dieser sofort auf den Sohn ein und brachte ihm einen Stuhl ins Herz bei. Der Grund zu der Tat liegt vermutlich darin, daß Alois Kellhofer im Einverständnis mit seiner Mutter, aber gegen den Willen des Vaters heiraten wollte. Zwischen Vater und Sohn war es deswegen schon wiederholt zu Auseinandersetzungen gekommen. Der Täter wurde verhaftet.

### Geständnis der 12-jährigen Mörderin

Die zwölfjährige Katharina Kiefer, die in Saarbrücken unter Mordverdacht verhaftet wurde, hat, der „Voss. Ztg.“ zufolge, nach langem, hartnäckigem Leugnen gestanden, daß sie die 3-jährige Anne Marie Scholtes, deren Leiche am 31. März in einer Sandgrube am alten Friedhof in Saarbrücken gefunden wurde, getötet hat. Sie hat jetzt auch zugegeben, daß sie eine große Zahl von Kindern aus schwerster Mißhandlung hat.

### Briefe mit 72 km Geschwindigkeit

Die Berliner Oberpostdirektion wird nach Otern mit dem Bau einer sechs Kilometer langen Schnellrohrpoststrecke beginnen, die das Haupttelegraphenamt Berlin mit dem Hauptpostamt Charlottenburg verbinden soll. Die auf dieser Strecke befördernden Postsendungen sollen mit einer Geschwindigkeit von 72 Kilometer pro Stunde „reisen“ können.

### Zodesunglück bei der Jagd

Am Mittwoch morgen kam der Gutsbesitzer Rich. Beyer aus Beuden bei Delitzsch durch einen tragischen Jagdunfall ums Leben. Beim Ueberpringen eines Grabens berührte er den Abzug seines Gewehrs so unglücklich, daß sich ein Schuß löste. Die mitten ins Herz gedrungene Schrotladung tötete Beyer auf der Stelle.

### Schulstreik auch in Hamburg?

Die Kommunisten haben sich jetzt auch in Hamburg auf Schulstreikpropaganda verlegt. In einigen Volksschulen des Stadtteils St. Pauli haben sie in der Partezentrale hergestellte Schülerezeitungen verteilt lassen. Bisher hatte die Hege keinen Erfolg.

### Shantall-Scandal im Danziger Stadttheater

Gestern abend gelangte im Danziger Stadttheater das von einer Berliner Schauspieltruppe aufgeführte Stück „Shantall“ von Friedrich Wolf zur Aufführung. Nachdem bereits in einem Teil der Presse gegen die Aufführung scharfer Protest erhoben worden war, kam es im Verlaufe der Vorstellung zu ernstlichen Störungen. Im 1. Akt fing ein Teil des Publikums an zu pfeifen und Gegenstände auf die Bühne zu werfen. Auch Stinkbomben fanden Verwendung. Die Vorstellung mußte öfter unterbrochen werden. Die Schutzpolizei entfernte mehrere Ruhestörer aus dem Theater, worauf die Vorstellung bei teilweise erleuchtetem Hause zu Ende geführt wurde.

### Der Bau einer neuen Elbbrücke bei Dresden



Der Bau einer neuen Elbbrücke bei Dresden. Die Konstruktion der Welt ist ein Werk der Technik.

### Räuber auf dem Balkan

Eine achtköpfige, schwer bewaffnete türkische Räuberbande überschritt am Mittwoch in der Nähe von Adrianopel die bulgarische Grenze und überfiel zahlreiche Bauerngehöfte. Ein sich den Räubern widergebender Bauer wurde auf der Stelle getötet. Zahlreiche andere Bauern wurden verwundet. Der Grenzpolizei gelang es, die Banditen zu stellen. Es kam zu einem mehrstündigen Feuergefecht, in dessen Verlauf der Anführer der Räuberbande getötet wurde und zwei Räuber schwer verwundet in die Hände der Polizei fielen. Die übrigen Verbrecher entkamen über die Grenze.

### Die rasende Sonde

Der Brand, der seit zehn Monaten bei Moreni (Rumänien) in Flammen stehenden Petroleumtonde 160 der Gesellschaft Romano-Americana hat in den letzten Tagen an Heftigkeit zugenommen. Während bis Anfang April Gefahr nur durch die direkten Flammen vorhanden waren, werden neuerdings sogar Steine aus dem Sondenherd geschleudert. Die Rumänische Regierung hat die benachbarten Staaten zu technischen Reisen beauftragt, um die Ursachen des Brandes zu untersuchen. Die rumänische Regierung hat sich unentwegt mit den Theorien der Bekämpfung des Sondenbrandes. Bisher hat man jedoch noch keine praktische Lösung zur Löschung oder Lokalisierung des Feuers gefunden. Ein letzter Versuch mit einem neuen Apparat ist für Mitte April geplant.

### Der Dollarfälscher verhaftet?

Vor einiger Zeit versuchte ein Fremder in Schüttenhofen bei Gießen durch Vermittlung eines Mädchens, das er dort kennen gelernt hatte, eine Tausenddollarnote in der Schüttenhofener Filiale der Ersten Böhmischen Versicherung A.G. einzuwechseln. Da die Firma nicht über den erforderlichen Betrag verfügte, versuchte das Mädchen, die Banknote bei der Schüttenhofener Sparkasse einzuwechseln. Dort köppte man mit Rücksicht auf die Mitteilungen über Dollarnotenfälschungen Verdacht und sandte die Note nach Prag, wo sie als Fälschung erkannt wurde. Die Gendarmerie in Schüttenhofen verfolgte daraufhin den Fremden, der mit dem Mädchen bereits abgerichtet war, und verhaftete ihn in Budweis. Sein Name wird vorläufig geheim gehalten. Man glaubt, in dem Verhafteten den Verbreiter, wenn nicht den Fälscher der amerikanischen Banknoten gefunden zu haben.

### Die Fälscherwerkstatt von Bilin

Der Stempels- und Banknotenfälscher Mattausch, der, wie gestern gemeldet, in Bilin verhaftet wurde, hat eingestanden, die Fälschung von Stempelmärken seit einigen Jahren betrieben zu haben. Der Schaden, den der Staat erlitten hat, dürfte in die Millionen gehen. Da die vielen gefälschten Stempelmärken in der kleinen Stadt sicher nicht abgesetzt werden konnten, ist anzunehmen, daß Mattausch Mitheifer hatte. In Prag wurde gestern der aus Bilin stammende Bankbeamte Josef Weber verhaftet, in dessen Wohnung ebenfalls gefälschte Stempelmärken vorgefunden wurden. Er gab zu, daß er an den Fälschungen Mattausch's beteiligt war. Bei Mattausch selbst wurden Stempelmärken im Werte von 270 000 tschechischen Kronen beschlagnahmt.

### Ein Deutscher in Italien verhaftet

In Venedig wurde, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, der 23-jährige Deutsche Alexander Weber, als er eine Bootsfahrt in der Nähe des Festungsgebietes unternahm, von einem Artilleriehauptmann festgenommen und auf die Polizei gebracht. Weber, der seit drei Monaten in Venedig wohnt, wurde zur Durchführung weiterer Ermittlungen in Haft gehalten. Da er eine Wistole bei sich hatte, wird er sich wegen mißbräuchlichen Waffentragens zu verantworten haben.

### Zeppelinstreit mit tödlichem Ausgang

Wegen vorläufiger Körperverletzung wurde ein Schweizer Knecht in Winterthur zu der milden Strafe von einem Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. In dieser Strafe und an Schlimmerem ist der Zeppelin-Schuld. Als das Luftschiff im vorigen Jahr die Schweiz überflog, entspann sich zwischen einem Knecht und dem 13-jährigen Sohne des Bauern, die von einer Wiese bei Winterthur aus den Zeppelin beobachteten, ein Streit darüber, ob das Luftschiff am Horizont noch zu sehen sei oder nicht. Der Knecht behauptete, das Luftschiff noch zu sehen, während der Knabe den vermeintlichen Zeppelin als eine Wolke erklärte. Ueber diese Behauptung geriet der Knecht so in Wut, daß er mit einem abgedrohenen Hakenstiel nach dem Jungen stieß. Das spitze Ende der Hakenstiel traf den Dreizehnjährigen so unglücklich ins Hinter, daß er infolge einer Darmverletzung nach einigen Tagen starb.

### Der Bau einer neuen Elbbrücke bei Dresden



Der Bau einer neuen Elbbrücke bei Dresden. Die Konstruktion der Welt ist ein Werk der Technik.



## Nach den Arbeitslosen die Invaliden!

### Noch ein Notopfer auf Kosten der Notleidenden?

Die Proleten sollen bluten: das ist der ganze Sinn des von der neuen Regierung dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurfes zur Vorbereitung der Finanzreform. Sein Ziel ist die Erhöhung der Sozialausgaben des Reiches: Verschlechterung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, Kürzung der aus Mitteln der Invalidenversicherung vom Reich zur Verfügung gestellten Beiträge von 40 auf 20 Millionen und Vorbereitung der Steuerentlastung. Doch diese durch Einsparungen bei den Sozialausgaben möglich gemacht werden sollen, ist längst öffentliches Geheimnis. Mit einem Wort: man will nicht nur den Arbeitslosen, sondern auch den Invaliden an den Kraken.

Wohin die Reise des Sparkommissars und des Reichsfinanzministers gehen soll, hat der Hansabund bereits mit brutaler Offenherzigkeit ausgeplaudert. In seiner von E. Moschler verfassten Schrift "Invalidenversicherung und Reichshaushalt" fordert er, daß im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Reichshaushalts für 1930 geprüft werde, ob sich die Sparmöglichkeiten von bis zu 250 Millionen Mark, die sich durch Streichung der Bezuschussungen des Reichshaushalts an die Invalidenversicherung ergeben, verwirklichen lassen. Es sei unzutreffend, daß die Invalidenversicherung zur Erfüllung der ihr jetzt und künftig im Interesse der Versicherten obliegenden Verpflichtungen neben dem Zuschuß des Reiches zu den einzelnen Renten sonstiger Bezuschussungen aus Reichsmitteln — Zollsgebühren, Reichsbeiträge, Leg. Brühung — bedarf. Zur Begründung dieser Forderungen wird die Finanzentwicklung der Invalidenversicherung übertrieben optimistisch geschildert. Die Gefahren, die der Invalidenversicherung von der optimistischen Stimmungsmache des Hansabundes drohen, sind unvertennbar. Mit geradezu skandalöser Oberflächlichkeit macht der Hansabund Berechnungen auf, die in der Wirklichkeit keine Stütze finden, so daß sich auch das Reichsarbeitsblatt in seiner sieben erschienenen Nr. 10 vom 5. April genötigt sieht, den gefährlichen Irrtümern entgegenzutreten. Die Widerlegung der Berechnungen und Prognosen der Denkschrift des Hansabundes durch das Reichsarbeitsblatt sieht folgendermaßen aus:

Der Hansabund erwartet für 1930 einen Beitragszuwachs von 48 Millionen. Dazu bemerkt das Reichsarbeitsblatt: „Das bedeutet, wenn jede Beitragswoge durchschnittlich 1,42 Mark einbringt, fast 34 Millionen Beitragswochen, und wenn jeder Versicherte im Jahre durchschnittlich 48 Beitragswochen zurücklegt, einen Zuwachs von fast 790 000 Arbeitsplätzen mit je 43 Arbeitswochen. Glaubt die Schrift im Ernst, daß das Jahr 1930 so viel neue ergiebige Arbeitsplätze aufweisen kann?“

Für 1935 sagt die Schrift die Beitragseinnahme von 1270 Millionen Mark voraus; das gibt gegen 1929 einen Beitragszuwachs von 178 Millionen Mark. Ein solcher Zuwachs setzt eine Vermehrung der Lohnsumme um mindestens 3,5 Milliarden Mark — der Beitrag ist rund 5 v. H. des Lohns — voraus, und zwar ohne Erhöhung des Lohns, nur infolge der Vermehrung der Lohnempfänger. Für die Umrechnung in Arbeitsplätze sei der unwahrscheinlich hohe durchschnittliche Wochenbeitrag von 150 Mark angenommen. Das gäbe gegen 1929 einen Zuwachs von mehr als 27 Millionen Arbeitsplätzen mit je 43 Arbeitswochen im Jahre. Wie hoch ist das Fixkapital zur Begründung dieser Arbeitsplätze? Ist bis dahin der Grad des Sparsens und der Kapitalbildung, ist auch die Nachfrage nach Wirtschaftsgütern in entsprechendem Maße gestiegen? Die Schrift prognostiziert für das Jahr 1938 die Beitragseinnahme von 1320 Millionen Mark, dem Beitragszuwachs von 228 Millionen Mark (gegen 1929) entspricht die Schaffung von mehr als 3,5 Millionen Arbeitsplätzen; auf dem Papier ist hiernach das Arbeitslosenproblem gelöst, die Sanierung der Reichsversicherung für Arbeitslosenversicherung vollzieht sich von selbst, Reformen sind entbehrlich. Deutschland hat das Glück, in wenigen Jahren aus dem Zustand des Arbeitsmangels in den des Arbeitsüberschusses zu geraten! Um ernstlich zu sprechen: durch bloße Rechenexempel wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht überwunden. Eine ihrer Verantwortung bewußte Stelle kann für 1930 keine höhere Beitragseinnahme annehmen, als das Jahr 1929 gebracht hat.

Bei den übrigen Einnahmen, so wird weiter im Reichsarbeitsblatt ausgeführt, erwartet das Reichsversicherungsamt für 1930: 78 Millionen aus dem Zinsendienst, 20 Millionen aus Zollsmitteln, 5 Millionen aus der nachträglichen Aufwertung und 30 Millionen aus der sogenannten Leg. Brühung. Für 1930 wird der Anteil der Versicherungsträger an den Renten rund 880 Millionen betragen. Die freiwilligen Leistungen werden 100 Millionen erfordern. Die Gewinn- und Verlustrechnung 1930 sieht nach der Darstellung des Reichsarbeitsblattes so aus: Einnahmen aus Beiträgen 1092 Millionen Mark, aus Zinsen 78 Millionen Mark, sonstige Einnahmen 55 Millionen Mark, zusammen 1225 Millionen Mark. Ausgaben an Renten 880 Millionen Mark, freiwillige Leistungen 100 Millionen Mark, Verwaltungskosten 55 Millionen Mark, zusammen 1035 Millionen Mark; Ueberschuß 190 Millionen. Für die folgenden Jahre ist bei den sonstigen Einnahmen nur mit 20 Millionen aus Zollsmitteln zu rechnen. Dazu tritt 1931 der Rest von 9 Millionen aus dem Lohnsteuerauskommen (1930) und 1935 der Rest von 22,5 Millionen aus dem Lohnsteuerauskommen (1929). Bei den Zinsen ist mit einer kleinen Steigerung, bei den Renten mit einem jährlichen Zuwachs von mindestens 70 Millionen Mark zu rechnen. Die Invalidenversicherung gerät als aus abnehmenden Ueberschüssen in zunehmende Fehlbeträge; der Wendepunkt liegt beim Jahre 1933. Die Rückübertragung des Sorgegebietes dürfte den Haushalt der Invalidenversicherung eher erschweren als erleichtern.

Würde der Reichsbeitrag von 178 Millionen von 1930 an wegfallen, dann würden die Fehlbeträge schon 1931 einsehen. Die Folge wäre Sperrung des Marktes für Wohnungsbaumittel und Steigerung der Arbeitslosigkeit sowie Kündigung der Darlehen, die die Versicherungsanstalten den Ländern und Gemeinden gegeben haben. Eine Abwälzung des Reichsbeitrages von der Gesamtheit der Steuerzahler auf die Gruppen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber läme einen unsozialen Notopfer gleich. Die Zollsmittel, deren Wegfall der Hansabund ebenfalls für möglich hält, kommen nach der gesetzlichen Bestimmung aus den Zöllen für Schlagschiff und Bootsteuer, die gerade die arbeitende Bevölkerung in den Städten und in der Industrie treffen.

Die sachliche Schärfe dieser Darlegungen des Reichsarbeitsblattes wirkt alarmierend. Gefahr ist im Verzuge. Die Vorschläge des Hansabundes bedeuten, so schließt der Herausgeber des Reichsarbeitsblattes, eine Abwälzung der Lasten von den Klassen und Schichten der Bevölkerung auf die Invaliden und Schwachen; denn sollen die Leistungen für die Invaliden und Schwachen nicht gesunken werden, dann müssen die Lasten für die Versicherten vermehrt werden.

## Betriebsratswahlen bei Opel

Mülheim, 6. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die Arbeiterchaft der Firma Opel hat den Kommunisten für den Putz am 12. Februar 1929 die Zustimmung erteilt. Bei den Betriebsratswahlen wurden abgegeben: für die freien Gewerkschaften 4811 Stimmen, für die christlichen Gewerkschaften 518 und für die Kommunisten 1489 Stimmen. Danach erhalten die freien Gewerkschaften im Betriebsrat 18 Sitze (bisher 19), die Kommunisten 5 Sitze (bisher 8), die christlichen Gewerkschaften wie bisher einen Sitz.

Die Kommunisten haben also ihr verbrecherisches Spiel mit dem Verlust von 3 Mandaten bezw. mehr als einem Drittel ihres bisherigen Einflusses blühen müssen.

## 40stündige Arbeitswoche für die Schneider in Boston

In Boston (USA.) haben die im Damenschneiderverband organisierten Schneider nach einem kurzen Streik, an dem 3500 Arbeitnehmer beteiligt waren, die 40-stündige

# Nationalsozialistische Steuerdemagogie

Wie ihre Vorläufer, die Antisemiten Bäckerscher Erinerung, gehen auch unsere Nationalsozialisten mit Vorliebe mit ihrem Kampf gegen die „Warenhausjuden“ haufieren. Die Warenhäuser sollen verschwinden, damit es dem gewerblichen Mittelstand wieder besser geht. Diese Parole findet Wiederhall bei den kleinen Händlern, Kaufleuten und den Gewerbetreibenden. Diese Kreise sind es auch, die sich für die Wiedereinführung der Warenhaussteuer einsetzen.

Man gibt sich im Mittelstand immer wieder der Vorstellung hin, daß es nur bestimmter gesetzlicher Maßnahmen bedürfe, um verhasste wirtschaftliche Erscheinungen zu beseitigen. Man brauche nur eine Sondersteuer von den Warenhäusern zu erheben, um ihre Weiterentwicklung zu verhindern und dem Mittelstand erhöhte Lebensmöglichkeit zu geben. Bei diesen Mittelständlern haben die Nationalsozialisten mit ihrem Kampf gegen die „Warenhausjuden“ von vornherein leichtes Spiel. Die Nationalsozialisten vertreten auch mit besonderer Heftigkeit die Forderung nach einer besonderen Besteuerung der Warenhäuser und erheben gegen die anderen Parteien, insbesondere gegen die Sozialdemokraten, den Vorwurf, mit der Aufhebung der bis zum Jahre 1919 in Kraft gewesenen Warenhaussteuer den Warenhausjuden ein millionenschweres Steuererleichterung gemacht zu haben. Angesichts einer solchen Demagogie ist es schon nötig, an folgende Tatsachen zu erinnern:

Die Warenhaussteuer wurde zum erstenmal in Deutschland propagiert, als Ende der vorigen Jahre die Warenhäuser an Bedeutung gewannen und solche in fast allen größeren Städten eröffnet wurden. Damals setzte in Kreisen der kleinen Handwerker, der Krämer und Kaufleute eine heftige Agitation gegen die neuen Großunternehmungen ein, die dem kleinen Mittelstand den sicheren Ruin zu bringen drohten. Das Ergebnis der Agitation war die Erhebung von Warenhaussteuern in verschiedenen deutschen Ländern. Preußen erhob die Warenhaussteuer zum erstenmal im Jahre 1901. Mit der neuen Steuer waren zwei Absichten verbunden: erstens sollte die Entwicklung der Warenhäuser unterbunden oder wenigstens verlangsamt werden; zweitens sollten die Erträge aus der Warenhaussteuer steuerliche Erleichterungen für die kleinen Gewerbetreibenden ermöglichen. Die zweite Absicht wurde auch erreicht. Den kleineren Gewerbetreibenden wurde die Gewerbesteuer, die einen jährlichen Höchstbetrag von 36 Mark ausmachte, erlassen. Das war aber für die gesamte wirtschaftliche Lage dieser Schichten bedeutungslos. Eine wirkliche Hilfe brachte die steuerliche Erleichterung nicht; sie kam außerdem nur den Gewerbetreibenden zugute, die in Städten mit Warenhäusern wohnten. Die Gewerbetreibenden dagegen, die an ihrem Wohnort kein Warenhaus hatten, aber im Wirkungsbereich eines Warenhauses lebten, gingen bei der Steuererleichterung leer aus.

Es gelang auch nicht, die Entwicklung der Warenhäuser zu beeinträchtigen. Die Warenhäuser, die schon damals eine bedeutende wirtschaftliche Macht darstellten, entzogen sich der Steuer in durchaus legaler Weise. Einige schränkten die von ihnen geführten Warenagattungen ein und stellten sich zu großen Spezialgeschäften um. Damit entgingen sie der Sonderbesteuerung und die Wirkung war, daß die Spezialgeschäfte nun erst recht zu einer gefährlichen Konkurrenz für bestimmte Kreise der kleinen Gewerbetreibenden wurden. Aber auch die Warenhäuser, die als solche bestehen blieben, haben die Sondersteuer nicht getragen. Sie wälzten sie auf ihre Lieferanten ab, die den Warenhäusern lieber eine Preisverbilligung in Höhe der Steuer gewährten, als daß sie auf die großen und zahlungsfähigen Abnehmer verzichteten. Damit war der ursprüngliche Zweck der Warenhaussteuer vereitelt.

Ihre tatsächliche Wirkung richtete sich aber gegen ihre Urheber, die kleinen Gewerbetreibenden. Was die Lieferanten nämlich den großen und wirtschaftlich mächtigen Einkäufergruppen auf der einen Seite nachließen, schlugen sie den kleinen und wirtschaftlich schwächeren Einkäufern auf die Preise auf, so daß die Warenhaussteuer in erheblichem Umfange von den kleinen Gewerbetreibenden getragen wurde. Diese Kreise hatten sich auch noch in anderer Beziehung in der Wirkung ihres Fehlgebens gegen die Warenhäuser getäuscht. Sie hatten den Kampf mit der Parole geführt, daß die große Finanzkraft und der Massenabkauf der Warenhäuser niedrige Preise und günstige Kaufbedingungen ermöglichen, mit denen die kleineren Gewerbetreibenden nicht konkurrieren könnten und die sie darum erdrückten. Die Wirkung dieser Parole war, daß die Bevölkerung jetzt erst recht auf die Warenhäuser aufmerksam wurde und sie von nun an besonders bevorzugte.

Die Warenhaussteuer wurde aufgehoben, als das Reich die Umsatzsteuer einführt. Diese Neuregelung brachte eine beträchtliche Erhöhung des gesamten Steuerbetrages, die in den schwierigen Nachkriegsverhältnissen notwendig war. Mit der Einführung der Umsatzsteuer war kein Raum mehr für die Sonderbesteuerung der Warenhäuser, zumal darauf und eher verzichtet werden konnte, als der Ertrag nur gering war und ein großer Teil durch die Erhebungslosten aufgezehrt wurde. Das Einkommen aus der Warenhaussteuer betrug im Jahre 1903 = 2 Millionen, im Jahre 1910 = 3 Millionen, im Jahre 1915 = 4 Millionen und im Jahre 1919 7 Millionen.

Die Erfahrungen mit der Warenhaussteuer zeigen sehr deutlich, daß die Wirkung einer Steuer sich nicht nach den Absichten des Gesetzgebers richtet, sondern in stärkstem Maße durch die wirtschaftliche Marktsituation der betroffenen Gruppen bedingt werden. Diese Einsicht dürfte auch die Wirkung der vorerwähnten preussischen Staatsminister, gehabt

Arbeitswoche und die Einführung eines überparteilichen Schiedsgerichts errungen. Vor diesem Schiedsgericht soll nächster Jahr die Lohnfrage und das Problem der Arbeitslosenversicherung zur Verhandlung kommen.

Für die Kaiserbayer Diamantindustrie ist vom Zweierverband einbüßig eine Arbeitszeitverkürzung beschlossen worden. Danach gilt ab Montag für die gesamte Industrie die 40-Tage-Woche.

An der Wochenhilfe soll nach den Finanzreformplänen Regierung Billigung ebenfalls gespart werden. Den Krankenkassen will man die Reichsbeiträge für die Wochenhilfe 16 Millionen kürzen. Eine solche Kürzung bedeutet nichts anderes als eine Vermehrung der Säuglingssterblichkeit. England, das in der Frage der Geburtenbeschränkung am ehesten mit Deutschland verglichen werden kann, hat eine viel größere Säuglingssterblichkeit als wir. Warum? Weil es keine Wochenhilfe wie Deutschland hat.

Der Bergbauindustriearbeiter-Verband teilt mit, daß ein Briefwechsel kommunistischer Funktionäre zufolge am 16. März in Essen die Gründung eines kommunistischen Verbandes der Bergarbeiter festgefunden hat, in dem die ausgesprochenen Oppositionellen in einem legitimen Verband zusammenzuschließen. Das wird schön aussehen.

Heute tritt im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung Lohnstreites im Baugewerbe das Haupttarifamt zusammen. Eine Entscheidung ist vor Sonnabend nicht zu erwarten.

haben, der schon bei der Einführung der Warenhaussteuer darauf hinwies, daß die Bedingungen für die Aufrechterhaltung der kleinen Betriebe nicht in dieser steuerpolitischen Maßnahme, sondern vor allem in dem genossenschaftlichen Zusammenschluß der kleinen Gewerbetreibenden liege. Es zeugt nicht für die politische Reife und den wirtschaftlichen Weitblick des Mittelstandes, wenn jetzt noch gegenüber einer verantwortungslosen und demagogischen Agitation Erkenntnisse hingewiesen werden muß, die schon vor 30 Jahren bekannt waren.

## Gas für Deputatfohlen

Das Verbandsgaswerk Hindenburg-Beuthen hat in der Gasversorgung des ober-schlesischen Industriegebietes einen bemerkenswerten Versuch gemacht, den Gasverbrauch zu steigern. Der Bergbaubezirk wird von der arbeitenden Bevölkerung auf dem Gas im Haushalt wenig Wert gelegt, da ja das Wärmeprodukt bei den Bergarbeiterfamilien durch den Bezug der tariflich festgelegten Deputatfohlen gelöst ist. Aus diesem Grund erklärten sich auch der geringe Gasverbrauch im ober-schlesischen Industriegebiet, der bedeutend unter dem Reichsdurchschnitt liegt, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet. Es scheint auch nicht, daß die Bergarbeiterfamilie das Gas im Haushalt vernünftig. Das aber, volkswirtschaftlich gesehen, das Verbrennen riesiger Mengen von Hausbrandfohlen eine Verschwendung ist, daß das ständige Untererhalten der kleinen eisernen Deputatfohlen (Annonen) in den engen Bergarbeiterwohnungen im Sommer eine Last ist und daß dem gegenüber das Gas im Bergarbeiterhaushalt eine immense praktische Bedeutung gewinnen, den Haushalt rationalisieren würde, hat man bisher weniger beachtet. Das Verbandsgaswerk hat nun den Versuch gemacht, die Deputatfohlen durch Gas abzulösen. Ein größerer Wohnblock der Giesse-Verwaltung wurde mit Zentralheizung und einzelnen Gasanschlüssen versehen. Die Mieter erhalten von der Verwaltung Gieße keine Deputatfohlen mehr, sie wird ihnen vielmehr zu zwei Tonnen für die Beheizung und zu fünf Tonnen für den freien Gasbezug angerechnet. Die Berechnung der Deputatfohlen für den Gasbezug erfolgt lediglich zwischen Gieße und den Mietern, während das Verbandsgaswerk andererseits nur mit der Gieße-Verwaltung den Gesamtgasbezug des Wohnblocks verrechnet. Man wird abwarten müssen, ob dieser Versuch die drei Partner von Gewinn ist, woran man allerdings in dem gleichartigen Lösungen bei Wohnhausneubauten noch in diesem Jahre durchzuführen. In Kreisen der Industrie finden die Bestrebungen wärmere Unterstützung, man weiß nur nicht ganz was dahinter steckt. Ein etwa auf diesem Umwege beabsichtigter Abbau der Deputatfohlen aus dem Lohnstarif wird jedenfalls den stärksten Widerstand der Gewerkschaften stoßen.

## Entlassungen trotz Umsatzsteigerung

Bei der National-Registrierkassengesellschaft

Die bekannte amerikanische National-Registrierkassengesellschaft in New York hat in der letzten Zeit Sparmaßnahmen ergriffen. Obwohl dies Unternehmen nach den eigenen Angaben in den letzten Monaten Umsatzsteigerungen von 22,9 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres erzielt hat, sind doch Arbeiterentlassungen und Kündigungen von Angehörigen in unverhältnismäßig großer Zahl erfolgt. Die Arbeiterentlassungen wurden teilweise mit Arbeitsmangel und zum anderen Teil mit notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen begründet.

Einen Antrag des Betriebsrats auf Verkürzung der Arbeitszeit lehnte die Geschäftsleitung mit dem Hinweis ab, daß es sich um eine Belegkasserverminderung handle, die auf der Belegkassenzahl des amerikanischen Stammschiffes fuße, welche wiederum durch die Höhe der Produktionsbedingung sei. Schließlich der Angehörigenkündigungen wurde erklärt, daß diese Maßnahme von der amerikanischen Geschäftsleitung gefordert werde und die deutsche Geschäftsleitung nur deren ausführendes Organ sei. Sollen durch diese Massenentlassungen und durch erhöhtes Arbeitstempo der im Betrieb verbliebenen Arbeiter und Angestellten etwa die 300 000 bis 400 000 Mark wieder hereingebbracht werden, die im Januar anlässlich der mit so großem Pomp aufgelegenen internationalen Vertreterkonvention ausgegeben wurden? Jedenfalls soll in seiner Unternehmung, das einen erheblichen Teil seiner Produkte an Konsumvereine, Gewerkschaften, Genossenschaften und Behörden absetzt, Wert darauf legen, nicht solche unsozialen Maßnahmen durchzuführen.

Der arbeitsschädliche Absatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlenproduzents wird für den Monat März mit 208 000 Tonnen angegeben gegenüber 218 000 Tonnen im Monat Februar. Davon gingen 100 000 Tonnen (im Vormonat 108 400 Tonnen) in das unbestrittene Gebiet.

! Vergiß nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben !